

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementpreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeb.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röhrs, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 19, Fruchtallee 79/81.

Inserate
für die viergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 40 A.
Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 A.
Versammlungsanzeigen 10 A. Beilagen nach Uebereinkunft.

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperret!

Zum 1. Mai 1904.

Es sind nun bald 15 Jahre verflossen, seitdem in Paris die Vertreter des internationalen Proletariats die Maisfeier beschlossen haben. Jedes Jahr sollte am 1. Mai das Proletariat aller Länder demonstrieren für Schaffung eines wirksamen Arbeiterschutzes, als dessen Grundlage der achtstündige Normalarbeitstag gelten sollte.

Man kann sagen, daß die Maisfeier mit jedem Jahre wachsende Bedeutung erlangt hat, vor allem bei uns in Deutschland; sie ist Gemeingut der großen Masse geworden und keine Maßregel, möge sie ausgehen von wem sie wolle, kann an dieser Tatsache etwas ändern. Fragen wir uns aber, wie es um ihre Ergebnisse auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes bestellt ist, so dürfte die Antwort wohl weniger befriedigen. Hatte das riesige Anschwellen der Arbeiterbewegung und nicht zuletzt die Maidemonstration in der ersten Hälfte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts die Gesetzgebung mehr und mehr zu sozialen Reformen gedrängt, so ist in den letzten zehn Jahren das Interesse für den Arbeiterschutz fast ganz erkalte. Das lag wohl an der irrigen Voraussetzung, auf der diese ganze Sozialreformära aufgebaut war: man glaubte, durch einige wohlfeile Reformen die Arbeiterbewegung zum Stillstand zu bringen; und als dieser Erfolg nicht eintrat, als im Gegenteil die sozialistische und gewerkschaftliche Bewegung eine immer fortschreitendere Tendenz zeigte, da war es um den Arbeiterschutz der Gesetzgeber geschehen. Einmal hatte man ja ernsthafte Reformen nie im Auge gehabt, es hatte bei den gouvernementalen Sozialreformern immer nur die Oberflächlichkeit dominiert, die dem eblen Grundsatz huldigt: Wasch mir den Pelz, aber mach ihn nicht naß. Wie konnte man da auf die Forderungen der Arbeiterschaft ernstlich eingehen, die das Uebel an der Wurzel anfassen. Deshalb blies man beizeiten zum Rückzug, als der wirksame gesetzliche Arbeiterschutz, wie der internationale sozialistische Kongress in Paris ihn gefordert hatte, von den Arbeitervertretern des Parlaments immer lauter und allen schönen Reden bürgerlicher Sozialpolitiker zum Trotz gefordert wurde. Dann aber hatte auch die Gegenbewegung der Arbeiterfeinde erfolgreich eingesetzt. Und da in der heutigen Zeit die Gesetzgebung nun einmal im Banne der Profitinteressen steht, war es zu natürlich, daß die Sozialreformer vor dem Scharfmachertum immer mehr zurückwichen. So ist es gekommen, daß der Arbeiterschutz sich zum Arbeitertrug zurückentwickelte.

Auch in dieser Entwicklung steht Preußen-Deutschland als ein, allerdings unrühmliches, Vorbild da. Es hat im Arbeitertrug ganz die Führung an sich gerissen, mit besserem Erfolg, als es vor 15 Jahren die Führung in der Sozialreform zu übernehmen versuchte. Nur eine Tatsache sei angeführt, welche die rückwärtliche Tendenz unserer Arbeiterschutzgesetzgebung grell beleuchtet. Nach dem internationalen Arbeiterkongress in Paris im Jahre 1889 war es gerade die deutsche Reichsregierung, welche sich um das Zustandekommen einer internationalen Arbeiterschutz-Konferenz, die allerdings jenem Kongress den Wind aus den Segeln nehmen sollte, in erster Linie bemühte. Die Konferenz, die im Jahre 1890 in Berlin stattfand, hatte einen vollständigen Mißerfolg, wohl aus den Gründen, die wir oben skizziert haben. Wie nun der Chef des schweizerischen Handels- und Industrie-Departements vor kurzem im schweizerischen Parlamente ankündigte, soll im nächsten

Jahre voraussichtlich eine zweite internationale Arbeiterschutz-Konferenz einberufen werden, da nunmehr der Widerstand Deutschlands gegen Abhaltung eines solchen aufgegeben ist. Dieser Widerstand, den man seit 1890 in den Leitenden Kreisen Deutschlands den Bestrebungen auf internationaler Regelung des Arbeiterschutzes entgegensetzte, ist aber das Kennzeichnende unserer Sozialpolitik der letzten zehn Jahre.

Diese Entwicklung zum Arbeitertrug hat uns nicht überrascht. Wir Arbeiter sind ja in Deutschland nie verwöhnt worden. Von Kindesbeinen an ist es der deutschen Arbeiterschaft gelehrt worden, daß sie sich selbst helfen muß, wenn sie auf Hilfe hoffen will. Und zwar ist ihr die Nichtigkeit dieses Sages so nachdrücklich am eignen Leibe vordemonstriert worden, wie es überzeugender der beste Anschauungsunterricht nicht vermag. Diese gute Erziehung hat die deutsche Arbeiterschaft vor Enttäuschungen bewahrt, sie hat aber auch beigetragen zu jenen zum Teil erheblichen Erfolgen, die wir trotz allem gesetzgeberischen Stillstand und Rückschritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes erzielt haben. Und an diesen Erfolgen hat die Maisfeier mit ihrem Teil.

Wenn unsere gewerkschaftlichen Organisationen in ihren Forderungen dem Arbeiterschutz den ersten Platz einräumen, wenn sie namentlich immer wieder und weitere Verkürzungen der Arbeitszeit fordern und Lohnfragen mehr und mehr in den Hintergrund treten lassen, so danken wir das zu einem guten Teil dem Einfluß, den die Maidemonstration auf unser Denken, Fühlen und Handeln ausübte. In der Tat steht in allen Gewerkschaften Deutschlands und bei fast allen und den bedeutungsvollsten Lohnkämpfen die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit an erster Stelle. Und wenn nach dieser Richtung hin Erfolge erzielt worden sind, so sind sie nur der eigenen Kraft der Arbeiterschaft, die sich in ihren gewerkschaftlichen Organisationen verkörpert, zu verdanken. Unsere schönwägerischen Staatsmänner und bürgerlichen Sozialpolitiker können jedenfalls nichts dafür, wenn sich unsere Lage um vieles verbessert hat; wir, die Arbeiter, nur wir allein haben diese Fortschritte erzielt.

Diese Besserung hat von Jahr zu Jahr Fortschritte gemacht, je mehr der organisatorische Gedanke in den Köpfen der Arbeiter Wurzel faßte. Wir können das in unserem Beruf am besten beurteilen. Nach unserer Berufsstatistik betrug die durchschnittliche Arbeitszeit im Jahre 1893 61,5 Stunden, im Jahre 1898 59,3 Stunden und im Jahre 1902 nur noch 58,3 Stunden pro Woche. In anderen Berufen ist der Fortschritt eher größer als bei uns. Kein Zweifel, der achtstündige Arbeitstag ist nur noch eine Frage der Zeit, und er wird kommen, trotz der sozialpolitischen Kleinlichkeit der Wasseruppen-Sozialreformer, trotz Scharfmachertum und Arbeitertrug. Er wird kommen, wir müssen ihn nur wollen.

Und an ernstem Willen hat es die Arbeiterschaft wahrhaftig nicht fehlen lassen. Beweis dafür ist wieder der gewaltige Kampf der Grimmitzauer Weber, den wir vor einigen Monaten miterlebt haben. 21 Wochen rangen da 8000 ausgepowerte Lohnsklaven unter größten Entbehrungen und unausgesetztem Kreuzfeuer von Seiten der Behörden mit einem grenzenlos bornierten Unternehmertum um den Zehnstundentag, um schließlich doch zu unterliegen. Lehren da seit Jahren die Tatsachen, daß nicht nur die Arbeiterschaft, nein auch die Industrie große Vorteile von einer Verkürzung der

Arbeitszeit hat, daß wenigstens von einer Schädigung der Profitinteressen dabei keine Rede sein kann. Besonders die Fabrikinspektoren haben das seit langem aus ihren Erfahrungen in zahlreichen Betrieben festgestellt. Wir wollen nur hinweisen auf den Bericht von 1899, da heißt es aus dem Magdeburger Bezirk, daß in einem großen Betriebe der Fahrradindustrie infolge mangelnder Aufträge die Arbeitszeit auf acht Stunden verkürzt worden sei. „Trotzdem hatten nach Mitteilung der Betriebsleitung die Akkordarbeiter bei gleichgebliebenen Akkordsätzen in diesen acht Stunden denselben Verdienst zu verzeichnen wie früher bei neun- und neuneneinhalbstündiger Arbeitszeit. Von einer gleichen Erfahrung berichtet der Aufsichtsbeamte von Berlin im gleichen Jahre wie folgt:

„Daß aber die Ausdehnung der Arbeitszeit im allgemeinen keinen dauernden Vorteil bringt, hat die bekannte Stahlwerkfabrik von Heine & Blankerz von neuem erfahren. Im Jahre 1899 wurde berichtet, daß u. a. diese Firma mit der achtsündigen Arbeitszeit dieselbe Arbeitsmenge erzielt hatte, wie früher mit wesentlich längerer Arbeitszeit. Zur Erledigung dringender Aufträge und im Einvernehmen mit dem Arbeiterausschuß wurde jetzt nochmals ein Versuch mit längerer Arbeitszeit gemacht. Zu Anfang wurde auch ein entsprechender Erfolg erzielt. Dieser ging aber trotz des guten Willens der Arbeiter bald zurück und nach Verlauf von 14 Tagen war die Produktion wieder auf diejenige der achtsündigen Schicht herabgesunken.“

Der Erfurter Gewerberat berichtet vom Jahre 1900:

„In der größten hiesigen Schuhfabrik ist statt der elfstündigen die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt. Soweit bis jetzt übersehen werden kann, ist weder die Menge noch die Qualität der geleisteten Arbeit noch der Verdienst Lohn gegen früher geringer geworden, was als neuer Beweis dafür dienen kann, daß die Länge der Arbeitszeit, selbst wenn sie an Maschinen und mehr mechanisch verbracht wird, an sich nicht der richtige Maßstab für die Beurteilung der Menge und Güte des Arbeitsprodukts ist.“

Das sind Tatsachen, die uns Arbeitern längst bekannt sind, und auf sie stützt sich ja unser alter Erfahrungssatz, daß kurze Arbeitszeit die höchsten Löhne bringt, weil sie eine ganz enorme Steigerung der Arbeitsfähigkeit, sowohl qualitativ als auch quantitativ zur Folge hat. Nur unser Unternehmertum versteht so was nicht, es hält an seinem alten Standpunkt fest, daß lange Arbeitszeit und dürftige Löhne eine Steigerung der Arbeitsleistung zur Folge hätten. Es mag sich das Urteil des Professor Abbé in Jena zu Gemüte führen, des vortrefflichen Leiters der 1200—1500 Arbeiter beschäftigenden optischen Werkstätte von Carl Zeiß, der in seinem Betriebe seit vier Jahren mit Erfolg den Achtstundentag eingeführt hat: „Wenn das Festhalten an diesem Standpunkt seitens unserer bürgerlichen Kreise bisher Unverständnis und Torheit gewesen ist, so wird das weitere Festhalten für die Zukunft Frevel zu nennen sein.“

Das ist es ja aber eben, daß wir in Deutschland nun einmal in der Hauptsache mit einem frivolen Unternehmertum zu rechnen haben, das sich jeder besseren Einsicht verschließt und das sich der Menschenwürde des Arbeiters erst erinnert, wenn die Arbeiterbataillone ihm im Nacken sitzen. Auf diese Erkenntnis stützt sich unsere ganze Bewegung für den Arbeiterschutz und für den Achtstundentag. Und es ist in erster Linie eine Mahnung an die Arbeiterschaft zu festem organisatorischen Zusammenhalt, wenn wir auch an diesem 1. Mai rufen:

Heute der Achtstundentag!

Fragen der Taktik.

(Erwiderung von Ibis.)

Ich habe mich gewundert, daß nicht längst auf meinen Artikel in Nr. 50 des Vorjahres von irgend einer Seite reagiert wurde;*) vor allem hätte ich gewünscht, daß Kollege thl. seine Taktikartikel so früh gebracht hätte, daß diese vor dem Verbandstage erschöpfend behandelt werden konnten. (Sehr richtig h. Red.) Vor allen Dingen hätte ich gewünscht, daß auch unsere Gauvorsteher das Wort genommen hätten, um aus dem Schatz ihrer Erfahrungen gerade auf dem Gebiete der Lohnbewegungen ihre Stellung zu präzisieren! Leider müssen wir, darin stimme ich thl. ohne weiteres zu, uns in der Behandlung der Fragen der Taktik in der Öffentlichkeit besondere Reserven aufzulegen, um nicht dem Gegner etwas zu erzählen, was uns in der Zukunft schaden könnte. Aus diesem Grunde kann ich nicht in der Weise meine Ansichten begründen, wie ich es gern möchte, doch wird sich hierzu an anderer Stelle vielleicht Gelegenheit finden.

Kollege thl. nimmt nun an, ich sei durch „den mit leichter Mühe erzielten Erfolg der Kollegen Hannovers gegenüber dem schweren Kampf in Cassel geblendet“. Jeder, welcher meine Ausführungen über: „Unsere letzten Lohnkämpfe und was Lehren uns dieselben“ aufmerksam durchliest, wird finden, daß ich hier die Taktik des Friedens gepredigt habe; der Friede soll erreicht werden durch — Vertragsabschlüsse! Aber ich heiße nicht die Taktik der Rücksichtnahme, solange die Arbeitgeber nicht auch Rücksichten auf uns nehmen, d. h. solange sie unseren Kollegen gegenüber nicht das Maß von Entgegenkommen zeigen, was notwendig ist, die Lage unserer Kollegen etwas zu verbessern! Ich stehe auch auf dem Standpunkt, daß der Casseler Streik und vor allen Dingen dessen lange Dauer für den Gesamtverband äußerst wertvoll war, indem wir durch denselben den Arbeitgebern gezeigt haben, was wir leisten können und vor allen Dingen durch denselben die Geltung des Schutzverbandes zur Bestimmung gebracht haben, daß heißt, ihnen zu Gemüte geführt, daß mit uns nicht so leicht fertig zu werden ist, und daß es besser für sie ist, wenn man die Dinge nicht stets zum äußersten treibt! Dies schließt aber nicht aus, daß dort, wo die Arbeitgeber nicht verständig genug sind, uns entgegenzukommen, wir die schroffsten Waffen zum Kampfe wählen und sie so anwenden, daß sie den Arbeitgebern möglichst viele Wunden beibringen. Sie werden es dann sicher vorziehen in Zukunft mit uns auf friedlichem Wege die Differenzpunkte aus dem Wege zu räumen! Nun zieht thl. aus meinem Artikel ganz willkürliche Schlussfolgerungen! Er schreibt z. B. in seinem Artikel 8 Absatz 2:

„In „manchen Fällen“ — also nur ausnahmsweise —, so sagt Ibis, „möge es richtig sein, zunächst alle Mittel aufzubieten, um durch glückliche Verhandlungen einen Streik zu vermeiden, aber an manchen Orten (auch hier müßte es nach der Debatte thl. heißen — „also nur ausnahmsweise“ — ist es richtiger, man stellt erst die Arbeit ein und verhandelt nachher.“

Wir sind nun manche Fälle bekannt, wo ich es für angebracht gehalten hätte, wenn die Kollegen die Arbeit erst eingestellt und dann verhandelt hätten. Mehrfach kam es vor, daß, wenn dem Vorstand von ergebnislosen Verhandlungen berichtet wurde, über eine Woche Zeit verstrich, ehe weitere Anweisung kam. Dadurch ist öfter der günstigste Zeitpunkt zum Vorgehen verpaßt worden, indem die eiligsten Arbeiten in dieser Zwischenzeit fertiggemacht wurden. Die Folge unserer Zögerung, vorzugehen, führte öfter dazu, daß die Streiks längere Zeit dauerten, während sie im anderen Falle, d. h. beim Vorgehen im günstigsten Augenblick — das ist meine vollste Ueberzeugung — viel schneller und erfolgreicher hätten zu Ende geführt werden können.

Ich will nun keineswegs die sogenannten „wilden“ Streiks propagieren, will auch die Rechte des Vorstandes keineswegs schmälern, aber das Recht müßte der Vorstand in solchen Fällen, wo ein schnelles Handeln angebracht ist, haben. Die Gauvorsteher zu bevollmächtigen, in seinem Namen die Entscheidung zu fällen. Darin stimme ich mit thl. überein, daß unsere Streiks nicht schablonisiert werden, d. h. nicht immer nach dem Streikreglement zugeschnitten werden können, daß man sich vielmehr den Verhältnissen der in Frage kommenden Orte anpaßt, mehr noch, als das bisher schon geschehen ist.

Dem Vorstande wie den einzelnen Funktionären des Verbandes muß seitens der Mitglieder unbedingtes Vertrauen entgegengebracht werden, und wenn dann dem Verbandsvorstande die Berechtigung zugestanden wird, daß er Ausnahmen zulassen kann — dieses soll aber meiner Ansicht nach direkt erklärt werden —, dann wird, ob es dem Schutzverbande recht ist oder nicht, durch den Zuschnitt der Taktik auf den einzelnen Ort, auf die einzelnen Verhältnisse manches sich für uns günstiger gestalten! Notwendig wird auch sein — und darin gibt mir thl. Recht —, daß erst dann, wenn man reifefertig ist, die Forderungen überreicht werden. In Hannover haben die Kollegen die Arbeitgeber vor Einstellung der Arbeit gefragt, ob sie bewilligen wollten, d. h. auch mit ihnen verhandelt, nur hat sich die Sache in 10 Stunden abgespielt, während in anderen Orten lange Zeit hiermit — ich sage es offen — vergeudet wurde! In Hannover haben

*) Unsererseits ist das zweimal geschehen.

Die Red.

die Arbeitgeber drei Tage vorher noch nicht gewußt, daß es eine Lohnbewegung geben würde, in Cassel waren die Arbeitgeber sechs Monate vorher hieron unterrichtet! Das muß aufhören. Aber eine Aenderung wird erst dann eintreten, wenn unsere Organisation an den einzelnen Orten immer schlagfertig ist und nicht erst beim Ausbau begonnen werden muß, wenn man eine Lohnbewegung plant! Dieses schließt in sich, daß die Entscheidung und auch die Vorbereitung zur Lohnbewegung möglichst geräuschlos vor sich geht, die Entscheidung möglichst wenigen Personen (Ortsverwaltung, im schlimmsten Falle Vertrauensmännern) überlassen bleibt, daß, wenn aber der erste Schritt in der Öffentlichkeit getan ist, es schnell und zu der Entscheidung kommen muß! Und da muß auch vom Vorstande schnelligst gehandelt werden! Ich bin auch der Meinung, daß die führenden Personen noch mehr als bisher in persönliche Verührung mit den Lohnbewegungen kommen müssen; gerade die Erfahrungen, die sie im Laufe der Jahre gesammelt haben, sind im Augenblicke der Entscheidung ein Kapital wert. Fast möchte ich behaupten, daß bei den Maurern die gewaltigen Erfolge mit darauf zurückzuführen sind, daß der Vorsitzende bei fast jeder Bewegung persönlich eingreift. Würde dieses auch bei uns geschehen, dürfte mancher Streik vermieden — aber auch mancher Erfolg durch beschleunigtes Vorgehen erzielt werden. Ich halte es geradezu für notwendig, daß eine Person des Vorstandes diese Funktionen ausübt und sich fast ausschließlich den Lohnbewegungen widmet, auch bei den Vorbereitungen schon eingreift, dann würde manches vermieden, was bei uns unangenehme Folgen zeitigt! Freilich bei der gegenwärtigen Ueberlastung einzelner besoldeter Vorstandsmitglieder wird man heute leider darauf verzichten müssen. Der Verbandstag muß dem Vorstande die nötigen Hilfsarbeiter zur Verfügung stellen, damit seine erfahrenen Leiter sich den oben angedeuteten Aufgaben mehr widmen können. Dies würde einen ganz gewaltigen Vorteil für den Gesamtverband bedeuten!

Unsere Lohnbewegung im Jahre 1903.

Das Jahr 1903 zeigte zwar nicht überall, aber doch in einem erheblichen Teile des Reiches und einzelner Industrien nach den vorausgegangenen Krisenjahren wieder einen mehr oder weniger bemerkbaren Aufschwung der Geschäftskontunktur. Diese Tatsache kommt auch in den Ergebnissen unserer Streikstatistik für das verflossene Jahr deutlich zum Ausdruck.

Hätten wir im Jahre 1902 noch 108 Abwehrstreiks und nur 18 Angriffstreiks, so verzeichnet die Statistik für 1903 dagegen 111 Angriff- und 96 Abwehrstreiks. Die Gesamtzahl von 207 Streiks (gegen 124 im Vorjahre) ist noch in keinem früheren Jahre seit Bestehen des Verbandes erreicht worden. Jedoch erklärt sich diese große Steigerung der Zahl zum Teil aus dem Umstande, daß es sich bei der übergroßen Mehrzahl der Fälle nur um Werkstattstreiks handelte. Immerhin ist auch die Zahl der beteiligten Personen auf 8195 (3744*) gestiegen, hat sich also mehr als verdoppelt, während die Gesamtdauer aller Streiks mit 129 (548) Wochen sich nur verhältnismäßig gering vermehrt hat. Dagegen haben die Gesamtkosten der Streiks sich gegen das Vorjahr ebenfalls mehr als verdoppelt, denn sie betragen A 339 046 (A 152 247).

Zu den Streiks kommen außerdem noch 252 Lohnbewegungen, welche ohne Arbeitseinstellung verlaufen sind, so daß die Statistik für das Jahr 1903 insgesamt 459 einzelne Bewegungen (gegen nur 157 im Vorjahre) umfaßt, an welchen, einschließlich derjenigen, welche bei den Angriffstreiks die Forderungen ohne Streik bewilligt erhielten, zusammen 21 964 Personen beteiligt sind. Für 13 769 Personen, also weit über die Hälfte, wurden die Differenzen ohne Streik erledigt.

Der Umfang, die Ursachen und Resultate der Streiks, sowie der friedlichen Lohnbewegungen, sind in nachfolgender getrennter Darstellung ausführlich geschildert.

Die Zahl der Lohnbewegungen, welche ohne Arbeitseinstellung beigelegt werden konnten, ist von 32 im Jahre 1902 auf 252 im letzten Jahre gestiegen. Zu einem Teile ist diese große Vermehrung der Zahl zweifellos darauf zurückzuführen, daß weniger oft als in früheren Jahren von den Zahlstellenverwaltungen veräußert worden ist, über derartige Bewegungen an den Vorstand zu berichten. Immerhin ist trotz dieser Vermehrung auch für das letzte Jahr als Tatsache anzunehmen, daß vorstehende Biffer noch nicht die wirkliche Gesamtzahl der stattgefundenen friedlichen Bewegungen darstellt.

Beteiligt waren an diesen Bewegungen 10 252 Arbeiter und 428 Arbeiterinnen, zusammen also 10 680 Personen (1549 im Vorjahre) aus 725 (92) Betrieben, und zwar

| | |
|------------------|-------------------|
| 8787 Tischler | 248 Korbmacher |
| 298 Drechsler | 47 Diverse |
| 16 Bürstenmacher | 761 Hilfsarbeiter |
| 95 Stellmacher | 428 Arbeiterinnen |

In 198 (13) Fällen handelte es sich um eine Angriffsbewegung zur Durchführung von den Arbeitern

*) Die eingeklammerten Zahlen, bei denen nichts anderes bemerkt ist, bezeichnen die Ergebnisse des Vorjahres.

aufgestellter Forderungen. Hieran waren 661 Betriebe mit 7843 Arbeitern (darunter 160 weibliche) beteiligt, während die geforderten Bedingungen bereits in 361 Betrieben mit 4322 Arbeitern und 88 Arbeiterinnen vorher Geltung hatten. Von den beteiligten Kollegen waren 2148 (138 weiblich) nicht Verbandsmitglieder, dagegen gehörten 4536 (1 weibl.) seit mindestens sechs Monaten dem Verband an.

Als Erfolge der Bewegung kommen hauptsächlich in Betracht eine Verkürzung der Arbeitszeit in 81 Fällen und eine Lohnerhöhung in 176 Fällen. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist insgesamt 1947 (61) Kollegen zu gute gekommen, und zwar durchschnittlich 2,7 (3,6) Stunden pro Woche. Für 925 Kollegen beträgt die Verkürzung weniger als 3 Stunden, während 888 eine solche von 3 Stunden, 134 von 4 Stunden, 16 von 5 Stunden und 82 von 6 Stunden wöchentlich zu verzeichnen haben. An der Lohnerhöhung partizipieren im ganzen 3302 (401) Kollegen im Durchschnitt mit je 7 1/2 (10) pSt.

Außerdem wurde in 14 Fällen ein Minimallohn bewilligt, und zwar in 10 Fällen von 55 1/2 und in 1 Fall von 40 1/2 pro Stunde, sowie in 1 Fall von A 15 und in 2 Fällen von A 24 pro Woche. In 19 Fällen wurde für Ueberzeitarbeit ein Lohnzuschlag durchgeführt, in 67 Fällen ein Akkordtarif neu eingeführt oder der bestehende verbessert, in 4 Fällen Lohnarbeit eingeführt, in 3 Fällen Kost und Logis beim Meister abgeschafft zc.

Die Zahl der ohne Streik verlaufenen Abwehrlöhnbewegungen war 54 (20), an denen 64 Betriebe mit 2837 Arbeitern (darunter 278 weibliche) beteiligt waren. Von letzteren waren 942 (229 weibliche) nicht Verbandsmitglieder, während 851 (26 weibliche) mindestens sechs Monate dem Verband angehörten.

In 44 Fällen war die Ursache der Differenzen eine vom Arbeitgeber geplante Lohnreduktion, in 3 Fällen eine Verlängerung der Arbeitszeit, in 4 Fällen eine Verschlechterung der Arbeitsordnung, in je 1 Fall unwürdige Behandlung durch den Werkführer, Einführung von Kontrolluhren, Maßregelung, Streikarbeit.

Der Erfolg der Bewegungen war die Zurückweisung der Lohnreduktion in 87 Fällen mit 1726 Kollegen, Milderung derselben in 7 Fällen mit 246 Kollegen, Zurückweisung der Arbeitszeiterlängerung, der Arbeitsordnung, der Kontrolluhren, der Maßregelung und Streikarbeit in allen oben genannten Fällen. Ferner wurde die Entlassung des Werkführers in 1 Fall, eine Lohnerhöhung in 7 Fällen, eine Verkürzung der Arbeitszeit in 2 Fällen, sowie noch einzelne andere Vorteile erzielt.

Von allen 252 Fällen wurden 208 durch Verhandlungen zwischen den Parteien direkt, 2 durch das Gewerbegericht, 25 durch Beauftragte der Lokalverwaltung und 17 durch den Gauvorstand beigelegt. Diese Angaben beziehen sich jedoch nur auf den letzten Abschluß der Differenzen, da eine Mitwirkung der Lokalverwaltungen und Gauvorstände in fast allen Fällen stattgefunden hat.

In 231 Fällen wurde die Bewegung ohne jegliche Kosten zu Ende geführt. Die übrigen 21 Fälle verursachten insgesamt A 545,83 (A 372,41) Ausgaben, von welchen nur A 176,65 der Verbandskasse in Anrechnung gebracht, und der Rest von den Lokalkassen getragen wurde.

Unter den 111 Angriffstreiks sind 87 Werkstattstreiks, d. h. solche, welche sich nur auf je einen Betrieb erstreckten, während bei den übrigen 24 Streiks 3 bis 352 Betriebe in Frage kamen.

Insgesamt kamen in Betracht 1282 (81) Betriebe, welchen die Forderungen gestellt wurden. Dieselben beschäftigten 7122 männliche und 3 weibliche, zusammen 7125 Arbeiter. An 18 Streikorten wurden in 639 Betrieben für 3089 (212) Arbeiter die Forderungen ohne Streik bewilligt, während 3218 Arbeiter in 8 Orten schon vor Einreichung der Forderungen zu den angestrebten Bedingungen arbeiteten. Die Arbeitseinstellung erstreckte sich auf 643 Betriebe mit 4033 männlichen und 3 weiblichen, zusammen 4036 (1629) Arbeitern. Davon blieben in 107 Betrieben 228 (115) als Streikbrecher stehen, und 3808 (1060) Arbeiter, worunter 8 (41) weibliche, traten in den Streik.

Unter den Streikenden waren

| | |
|----------------|------------------|
| 8592 Tischler | 7 Diverse |
| 104 Drechsler | 83 Hilfsarbeiter |
| 18 Stellmacher | 8 Arbeiterinnen |
| 6 Korbmacher | |

3231 Streikende oder 85 pSt. gehörten unserem Verband an, außerdem waren 18 Gewerksvereiner und 223 Christliche beteiligt, so daß 317 Unorganisierte, gleich 9 pSt., verbleiben. Von unseren Verbandsmitgliedern waren 2557 oder rund 80 pSt. (gegen 64 pSt. im Vorjahre) vollberechtigt, d. h. gehörten sechs Monate und länger dem Verband an. 1704 Streikende arbeiteten in Lohn und Akkord; 680 hatten Kündigung, von denen 258 oder 38 (30) pSt. vor Ablauf der Kündigungsfrist die Arbeit einstellten. Von den Akkordarbeitern legten 1122, gleich 62 (45) pSt., vor Fertigstellung des Akkords die Arbeit nieder. Verheiratet waren 2193, gleich 68 (57) pSt., der beteiligten Mitglieder, und nur 315 von ihnen, gleich 10 (11) pSt., waren unter 21 Jahre alt.

Die Gesamtdauer der Angriffstreiks betrug 2374 (700) Tage, einschließlich der Countage, somit die durchschnittliche Dauer des einzelnen Streiks rund 21 Tage, gegen 44 Tage im Vorjahre.

Die Teilnehmerzahl betrug bei 88 Streiks bis zu 10 Personen 3 Streiks 71-100 Personen 88 Streiks 11-20 " 3 " 101-200 " 9 " 21-30 " 1 Streik 207 " 6 " 31-40 " 1 " 245 " 5 " 41-50 " 1 " 332 " 5 " 51-70 " 1 " 477 "

Insgesamt gingen den Streikenden 98 932 (25 510) Arbeitstage und M 352 226 (M 73 958) Arbeitsverdienst durch die Arbeitseinstellung verloren, aus welchen Zahlen sich ein durchschnittlicher Tagesverdienst von M 3,56 (M 2,90) ergeben würde.

Während der Streiks sind zugereist 1548 Kollegen, von denen 258 die Arbeit aufnahmen; ferner wurden von den Streikenden selbst 112, gleich 8,5 (4) pzt., zu Streikbrechern, andere Kollegen vom Orte 164, mit den „Stehengebliebenen“ ergibt dies zusammen 757 (275) Streikbrecher.

Abgereist sind 630 Streikende, gleich 20 (27) pzt. der Ledigen überhaupt.

Die hauptsächlichsten Forderungen betrafen: Verkürzung der Arbeitszeit 3 mal Lohnerhöhung 70 " Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung 28 " Andere Forderungen 15 "

Soweit die Angaben reichen, wurde als Arbeitszeit gefordert: achtmal die 60stündige, dreimal die 58stündige, dreimal die 57stündige, zweimal die 56stündige und fünfmal die 54stündige. Ferner stehen unter den Forderungen: Affordtarif 40 mal, Minimallohn 13 mal, Garantie des Lohnes bei Affordarbeit achtmal, Abschaffung von Kost und Logis beim Meister viermal, Entlassung von Streikbrechern 26 mal.

Ein Streik war am Jahreschluss noch nicht beendet. Das Resultat der übrigen 110 Angriffstreiks war folgendes:

72 Streiks = 65 pzt. erfolgreich 14 Streiks = 13 pzt. teilweise erfolgreich 24 Streiks = 22 pzt. verloren mit zusammen 2053 Beteiligten 1196 Beteiligten 540 Beteiligten = 54 pzt. = 32 pzt.

Im Jahre 1902 waren 44 pzt. der Angriffstreiks verloren gegangen, mit 25 pzt. der Gesamtzahl der Streikenden.

Als spezielle Erfolge sind zu verzeichnen: eine Verkürzung der Arbeitszeit in 21 Fällen und Lohnerhöhung in 48 Fällen. Es erhielten

Table with 5 columns: Zahl der Streiks, Infolge der Streiks, Durch vorherige Bewilligung, Zusammen Personen, Stunden pro Woche. Rows show data for 1 to 21 strikes.

Im Vorjahre erhielten 426 Kollegen durchschnittlich 3,5 Stunden Arbeitszeitverkürzung.

Table with 5 columns: Zahl der Streiks, Infolge der Streiks, Durch vorherige Bewilligung, Zusammen Personen, Prozent. Rows show data for 1 to 48 strikes.

Im Jahre 1902 erreichten 941 Kollegen durchschnittlich 10 pzt. Lohnerhöhung.

Außer vorstehenden Errungenschaften wurde noch in 34 Fällen ein Affordtarif durchgeführt, in 6 Fällen die Garantie des Lohnes bei Affordarbeit, in 2 Fällen die Abschaffung von Kost und Logis beim Meister, in 4 Fällen ein Minimallohn (1 Fall 30 s, 3 Fälle 55 s pro Stunde), in 4 Fällen die geforderte Entlassung von Streikbrechern, in 2 Fällen die Befreiung der Affordarbeit usw.

Von den 98 (108) Abwehrstreiks, worunter 9 Ausperrungen mitgezählt sind, waren 92 Werkstattstreiks,

bei denen nur je ein Betrieb in Betracht kam, 2 erstreckten sich auf je 2 Betriebe, 1 auf 5 und 1 auf 84 Betriebe. Alle 135 (132) Betriebe zusammen beschäftigten 4159 Arbeiter, worunter 33 weibliche. Davon blieben in 49 Betrieben 320 Arbeiter (26 weibliche) als Streikbrecher stehen, während 2726 (2115) die Arbeit einstellten.

Unter den Streikenden waren: 2220 Tischler 49 Korbmacher 174 Drechsler 3: Diercke 80 Kürschnermacher 166 Hilfsarbeiter 49 Stellmacher 7 Arbeiterinnen

Hierbei gehörten 2200 oder 84 pzt. unserem Verband an, außerdem waren 88 Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Gewerkevereins und 27 des Christlichen Verbandes beteiligt, so daß die Zahl der Richtorganisierten 871, gleich 14 pzt., betragen hat. Von den Mitgliedern unseres Verbandes waren 1886, gleich 82 pzt., vollberechtigt, gegen 85 pzt. im Vorjahre. 624 arbeiteten in Lohn, 2020 in Afford; 534 hatten Kündigung, von denen 260, gleich 48 pzt. (73 pzt., vor Ablauf der Kündigungsfrist die Arbeit niederlegten. Außerdem stellten 1048 Affordarbeiter, gleich 52 (53) pzt., vor Fertigstellung des Affords die Arbeit ein.

Main table with columns: Zahl der Streiks (Angriff, Abwehr, Verfügte), Son den Streikenden waren (Berb., Mttgl., u. länger, wirtschlicher, and Organisi.), Son den Streikenden (waren, berechtigt, sind abgereist, sind abgereist, sind abgereist), Resultat der Streiks (erfolgreich, teilweise, erfolglos), Kosten der Streiks (Streikunterstützung, Sonst. Ausgaben, Gesamtkosten), Dieselben wurden gebüßt durch (Berbandskasse, Sozialkassen, Sonst. Einnahmen).

Verheiratet waren 1612, gleich 59 (60) pSt. der Beteiligten, unter 21 Jahre alt 282, oder 9 (6) pSt.

Die Gesamtdauer der Abwehrstreiks betrug einschließlich der Sonntage 2028 (2128) Tage, der einzelne folglich im Durchschnitt 21 Tage, gegen 29 Tage im Vorjahre. Die erfolgreichen Streiks dauerten durchschnittlich 16 (20) Tage, die erfolglosen dagegen 34 (42) Tage.

Table showing strike statistics: 88 Streiks bis zu 10 Personen, 8 Streiks 51-70 Personen, etc.

Den Beteiligten gingen durch die Abwehrstreiks insgesamt 85 565 (87 788) Arbeitstage und A 130 102 (A 164 488) Arbeitsverdienst verloren. Der durchschnittliche Tagesverdienst des einzelnen betrug hiernach A 3,91 (A 4,09), während der Verlust an Arbeitsverdienst, ohne Anrechnung der erhaltenen Unterstützung, sich auf A 51 (A 78) pro Mann stellte.

Zugereist kamen an den Streikorten insgesamt 445 Kollegen, von denen 181 die Arbeit aufnahmen; ferner wurden von den Streikenden selbst 41, gleich 1,5 (2,5) pSt., zu Streikbrechern, andere Kollegen vom Orte 278. Mit den 329 „Stehengebliebenen“ ergibt dies zusammen 829 (798) Streikbrecher. Somit kommen auf je 100 Streikende rund 80 „Arbeitswillige“, gegen rund 20 bei den Angriffstreiks. Bei nur 88 Abwehrstreiks, also 84 pSt. derselben (gegen 56 pSt. bei den Angriffstreiks), waren keine „Arbeitswilligen“ zu verzeichnen.

Die Ursache der Abwehrstreiks war in 65 Fällen, gleich 68 (71) pSt. aller Streiks, Lohnreduktion; ferner in 11 Fällen Maßregelung von Verbandskollegen, in 9 Fällen Aussperrung, in 3 Fällen Nichtinhaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, in 2 Fällen Verlängerung der Arbeitszeit und in 6 Fällen andere Ursachen. Ein Streik war am Jahreschluss noch nicht beendet. Das Resultat der übrigen 95 Abwehrstreiks war folgendes:

Table showing results of 95 strikes: 46 successful, 11 partially successful, 38 lost.

1664 Beteiligte = 61 pSt., 270 Beteiligte = 10 pSt., 782 Beteiligte = 29 pSt.

Im Jahre 1902 waren 42 pSt. der Abwehrstreiks mit 30 pSt. der gesamten Streikenden verloren gegangen, so daß der Ausgang der letztjährigen Streiks, und zwar sowohl Angriff als Abwehrstreiks, im allgemeinen günstiger war als im Vorjahre.

Als Gewinn aus den erfolgreichen Abwehrstreiks hatten zu verzeichnen:

Zum Vergleich geben wir in folgendem auch wieder eine Zusammenstellung sämtlicher Streiks seit Bestehen des Verbandes:

Large table with columns for 'Im Jahre', 'Insgesamt', 'Abwehrstreiks', 'Angriffstreiks' and various sub-columns for statistics from 1893 to 1903.

In der umstehenden großen Tabelle haben wir außerdem erstmals sämtliche Streiks des Jahres 1903 nach Zahlstellen geordnet, so daß den Verbandsmitgliedern eine Übersicht gegeben ist, welche Zahlstellen an den Streiks beteiligt waren und wie die Zahl der Streikenden und die entstandenen Kosten sich auf die einzelnen Zahlstellen verteilen. Nach der Jahresabrechnung des Verbandes pro 1903 betrug die Summe der von der Verbandskasse getragenen

1044 Kollegen zur Aufrechterhaltung der Lohnreduktion in 87 Fällen

In 18 Fällen mit 374 beteiligten Kollegen konnte die Lohnreduktion nicht abgewehrt werden. Auch die Maßregelungen blieben in 10 Fällen bestehen, da sie nur in 1 Fall zurückgenommen wurden. Dagegen wurde die Verlängerung der Arbeitszeit in allen Fällen verhindert, außerdem erreichten in 1 Fall 40 Kollegen eine Verkürzung der Arbeitszeit um 8 Stunden pro Woche. Auch eine Lohn-erhöhung wurde in 4 Fällen mit 151 Beteiligten durchgeführt, ferner in 2 Fällen ein Tarif und in 1 Fall die Garantie des Lohnes bei Unvorarbeit vereinbart.

Alle Einzelfälle der gesamten Lohnbewegung des Jahres 1903 zusammengekommen, lauten die Erfolge hinsichtlich der Arbeitszeitverkürzung und Lohnhöhe: 3571 Kollegen erhielten eine Verkürzung der Arbeitszeit durchschnittlich um 3,7 Stunden pro Woche und 10 979 Kollegen eine Lohn-erhöhung durchschnittlich um 7,7 pSt. Rechnen wir für die letzteren Kollegen einen durchschnittlichen Jahresverdienst vor der Lohnhöhe von nur A 1100, so beträgt der durch die Lohnbewegungen erzielte Mehrverdienst pro Mann und Jahr rund A 84.

Die Kosten sämtlicher Streiks sind in nachfolgender Uebersicht zusammengestellt:

Table showing strike costs: Streikunterstützung, Reiseunterstützung, Rechtschutz, Agitation und Verwaltung, Sonstige Ausgaben.

Diese Kosten wurden wie folgt gedeckt:

Table showing funding for strike costs: Aus der Verbandskasse, Aus den Lokalkassen, Von arbeitenden Kollegen, Gewerkschaftskassette, Sammelbüchsen, Aus anderen Orten, Aus dem Auslande.

Zusammen... 254166 68 84880 16 839046 79

Der Verhandlungsgegenstand ist von derjenigen Organisation, welche die Schlichtungskommission anruft, der anderen schriftlich mitzuteilen. Bei eintretenden Wertstättendifferenzen haben die beiderseitigen Organisationen ohne Verzug je einen Bevollmächtigten in die Werkstatt zu entsenden, in welcher die Streitigkeiten entstanden sind. Die Bevollmächtigten haben die Differenzen, bezw. die von den Parteien geltend gemachten Forderungen zu prüfen und eine Einigung beider Teile anzustreben.

Ist der Versuch der Bevollmächtigten, eine Einigung der Parteien herbeizuführen, erfolglos geblieben, so hat die Schlichtungskommission ihrerseits mit tunlichster Beschleunigung die Verhandlungen aufzunehmen. Es wird festgesetzt, daß diese Verhandlungen in der Regel an einem bestimmten Tage in der Woche, und zwar bis auf weiteres am Mittwoch, stattfinden sollen. Zu den Verhandlungen können besondere Sachverständige hinzugezogen werden. Denselben steht jedoch nur bei den Beratungen eine Stimme zu, nicht auch bei den Beschlußfassungen.

Bis zur definitiven Beschlußfassung seitens der Schlichtungskommission darf von den Arbeitern die Arbeit nicht niedergelegt werden. Während dieser Zeit muß unter der Voraussetzung gleicher Arbeitsleistung seitens der an den Differenzen beteiligten Arbeiter das bisher von denselben bezogene Kostgeld durch den Arbeitgeber weiterbezahlt werden, und zwar auch in dem Falle, daß die Verhandlungen eine Einigung der Parteien nicht herbeizuführen. Maßregelungen und Entlassungen dürfen während dieser Zeit nicht vorgenommen werden, ebenso sind Neueinstellungen von Gesellen zu vermeiden.

Werden die Forderungen der Antragsteller von der Kommission als berechtigt anerkannt, so treten etwaige den Arbeitern bewilligte höhere Löhne von dem Tage an in Kraft, an welchem die Vorverhandlungen seitens der Bevollmächtigten beider Parteien begonnen haben.

In besonderen Fällen ist die Schlichtungskommission berechtigt ihre Entscheidung auszusprechen und die Verhandlungen behufs weiterer Erhebungen zu vertagen. Der neu anzuberaumende Termin darf jedoch nicht später als eine Woche nach demjenigen, an welchem die Tagung der Entscheidung ausgesprochen wurde, stattfinden. Auf die Verhandlungen in dem neuen Termin finden die vorstehenden Bestimmungen entsprechende Anwendung. Gelingt es der Schlichtungskommission auch in diesem zweiten Termin nicht, eine Einigung der Parteien herbeizuführen, bezw. bezüglich der vorliegenden Streitigkeiten einen gültigen Beschluß zu fassen, so soll es den Parteien freistehen, nach ihrer Wahl entweder das Einigungsamt anzurufen, oder sonstige in dem besonderen Fall ihnen geeignet erscheinende Maßnahmen zu treffen.

Die Verhandlungen über den Punkt 2 der Resolution wurden vertagt.

Zu Punkt 3 der Bestimmungen wurde beschlossen: Als Differenzen von prinzipieller Bedeutung sollen gelten:

- 1. Veränderung der Arbeitszeit;
2. Einführung von Tarifverträgen;
3. Regelung der Kostgeldfrage und der Lohnverhältnisse;
4. Aufstellung von Werkstattordnungen und Regelung der allgemeinen Arbeitsbedingungen.

Soweit nachstehend nichts anderes bestimmt ist, sollen auf die geschäftsordnungsmäßige Behandlung vorstehender Angelegenheiten die oben zu Punkt 1 der Resolution gegebenen Ausführungsbestimmungen entsprechende Anwendung finden. Insbesondere wird festgesetzt:

Alle Anträge sind schriftlich an einen der beiden Kommissionsvorsitzenden zu richten und von demselben sofort dem anderen Vorsitzenden mitzuteilen. Beide Vorsitzenden haben alsdann unerbittlich eine Besprechung der gestellten Anträge im engeren Kreise der Vertreter ihrer Organisation zu veranlassen. Spätestens innerhalb zweier Wochen nach Eingang der Anträge muß eine Sitzung der Gesamtkommission stattfinden, welche über die gestellten Anträge zu entscheiden hat.

Die Einladungen zu den vorher bezeichneten Besprechungen und Sitzungen müssen schriftlich erfolgen, mit Angabe der Tagesordnung. Die letztere muß den Verhandlungsgegenstand genau bezeichnen. Führen die Verhandlungen der Kommission zu keinem abschließenden Ergebnis, so soll es den Parteien freistehen, nach ihrer Wahl entweder das Einigungsamt anzurufen, oder sonstige in dem besonderen Fall geeignet erscheinende Maßnahmen zu treffen.

Zur Generalaussperrung im Baugewerbe in den Unterweserorten, Bremerhaven und Umgegend.

Am 1. März d. J. wurde von dem „Neuen Arbeitgeber-Verein“ ein Arbeitsnachweis eröffnet, den sämtliche im Baufach beschäftigte Arbeiter fortan in Anspruch nehmen sollten. Allgemein wurde nun angenommen, daß nur die um Arbeit nachsuchenden Arbeiter von genanntem Tage an den Nachweis zu passieren brauchten, aber weit gefehlt. Der Arbeitgeberverband beschloß, daß sämtliche Arbeiter, also auch der „Stamm“, ohne Unterschied, vom ersten Werkführer bis zum eben ausgelernten Lehrling, den Nachweis in Anspruch nehmen müssen. (Diese Maßnahme hat aber doch gar keinen Sinn; ist das nicht vielleicht ein Mißverständnis? Die Red.) Daß dies nicht so stillschweigend von den Arbeitern hingenommen werden wird darüber sind sich die Unternehmer klar geworden. Am 2. April erhielten die Maurer, Hauszimmerer, Bauarbeiter und Stuckateure eine Karte, die besagte, wer Dienstag, den 5. April, weiterarbeiten will, hat diese Karte zu unterschreiben und am Sekretor abzugeben.

Am 3. April (also am Ostermontag) haben die großen Branchenversammlungen stattgefunden, wo einstimmig beschlossen wurde, die Karte nicht zu unterschreiben, und somit den Nachweis nicht anquerzuerufen. Am Dienstag, den 5. April, Morgens 6 1/2 Uhr, waren denn auch bereits 885 Bauhandwerker entlassen.

Da die Arbeitsverhältnisse in den Unterweserorten so eigenartige sind, d. h. in den Baugeschäften die Tischler und Zimmerleute nebeneinander, ja sehr oft Hand in Hand arbeiten, waren wir gezwungen, die Grenze zwischen Tischler- und Zimmerarbeit festzustellen. Am 14. April wurde folgende Grenze festgesetzt:

Streikunterstützung A 260 490, während die heutige Tabelle nur A 268 154 zu Lasten der Verbandskasse ausweist. Diese Differenz erklärt sich teils aus kleineren Reibeträgen von torjährigen Streiks, teils handelt es sich dabei um Unterstützungen an einzelne durch Streiks anderer Gewerkschaften in Mitleidenschaft gezogene Verbandsmitglieder.

Stuttgart, 20. April 1904. Der Verbandsvorstand.

Die Schlichtungskommission im Berliner Tischlergewerbe.

Die schon längere Zeit dauernden Verhandlungen zwischen den Vertretern des Holzarbeiterverbandes und den Arbeitgeber des Berufes haben dazu geführt, daß den Organisationen der Entwurf einer Geschäftsordnung für die Schlichtungskommission vorgelegt werden kann. Ueber die Aufgaben der Schlichtungskommission bei Wertstättendifferenzen, sowie Streitigkeiten von prinzipieller Bedeutung konnte eine Verständigung herbeigeführt werden. Nur über die Arbeitsvermittlung konnte kein Einverständnis erzielt werden. Die Verhandlungen über diese Frage sind noch nicht abgeschlossen.

Zu dem Geschäftsordnungsentwurf nahm am 20. April eine Vertrauensmännerversammlung Stellung. Es wurde beschlossen, den Kollegen den Entwurf gedruckt vorzulegen, in den Werkstattzungen darüber zu diskutieren und in der nächsten Vertrauensmännerversammlung endgültig zu beschließen. Der Entwurf lautet folgendermaßen:

Die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Berliner Holzindustrie bilden zur Schlichtung von Streitigkeiten, welche das Lohn- und Arbeitsverhältnis be-

treffen, eine Schlichtungskommission. Diese Kommission besteht aus 14 Mitgliedern, welche je zur Hälfte von den Arbeitgebern bezw. den Arbeitnehmern gewählt werden. Beide Parteien wählen aus ihrer Mitte je einen Vorsitzenden. Die Leitung der Verhandlungen liegt in der Regel dem Vorsitzenden der Arbeitgeber ob.

Zu den Aufgaben der Kommission gehören folgende Angelegenheiten:

- 1. Die Regelung von Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, welche das Lohn- oder Arbeitsverhältnis betreffen.
2. Verhandlungen zum Zwecke der Herbeiführung eines Einverständnisses über die Art und Weise der Arbeitsvermittlung.
3. Die Herstellung eines Einverständnisses zwischen den Parteien bei Streitigkeiten von prinzipieller Bedeutung.

Zu 1. Die Kommission hat sofort mit den ihr zugewiesenen Verhandlungen zu beginnen, sobald dies von der Organisation einer der beiden Parteien verlangt wird.

Grenze zwischen Tischler- und Zimmererarbeit. Beschluß für Handarbeit.

Sämtliche Roharbeiten, sowie Deckenschalung, Fußbodenlegen und Abbuben, Fußleistenanschlagen, Boden- und Kellerverschläge, Eckerwände, Blindwände für Schiebetüren, Treppen, Treppenverschläge, Treppengeländer und Verschalung, Rohfutter, Futter für Gipswände, rohe Türzargen, Privattüren, nicht polierte Privatstühle und Vorkorbtreier, provisorische Fenster, Läden und Lüren zum Schutz gegen Regen für Hölzer von Zimmerarbeit, Ballongeländer, Läufer und Verschläge, Umzäunung von Gärten oder sonstige Um- und Einzäunungen jeglicher Art. Jede Hilfeleistung für arbeitswillige Zimmerer- und Maurergehilfen, Kollern und Lehlinge, sowie alle hier nicht vorgezeichneten Punkte, aus denen der Charakter als Zimmerarbeit unzweifelhaft hervorgeht. Ferner verweigern die Holzarbeiter in allen Um- und Neubauten in denen arbeitswillige Zimmerer, Maurer und Bauarbeiter beschäftigt werden, während der Dauer der Aussperrung jede Tischlerarbeit.

Alles Hobeln, Sägen, Fräsen, Bohren, Schälzen, Stemen und Falgen an Hölzern deren Charakter die Tischlerarbeit nicht deutlich erkennen läßt, ist zu verweigern, gleichviel ob die Hölzer vom Zimmerer oder Maurer und Bauarbeiter direkt oder durch dritte Personen in die Werkstatt gebracht werden.

Gestemmt, mit Pfeilscheiben versehene Kellerverschläge sind als Tischlerarbeiten zu betrachten. Während der Aussperrung ist jede Sonntagsarbeit sowie jede Ueberstunde unter allen Bedingungen zu verweigern. Sollte von Seiten der Unternehmer an einen Kollegen die Anforderung gestellt werden, Arbeiten zu machen, die den Charakter haben, Streitarbeit zu sein, so hat der betreffende Kollege sich sofort an den Bevollmächtigten zu wenden. Die Ortsverwaltung.

Über schon am Freitag, den 16. April, hat sich herausgestellt, daß die Meister unseren Beschluß auf eine ganz geriebene Art zu umgehen versuchten. Die Herren nahmen einfach in den Bauten, wo arbeitswillige Zimmerer, Maurer usw. arbeiteten, diese so lange heraus, bis wir mit unserer Arbeit fertig waren, dann konnten auch die Herren Arbeitswilligen wieder auf dem Plan erscheinen und ihre gegenständige Tätigkeit fortsetzen. Dieserhalb fand am Sonntag, den 16. April, eine Mitgliederversammlung statt, wo sämtliche im Bauwesen beschäftigte Kollegen anwesend waren; hier wurde denn ebenfalls einstimmig jede Arbeit im Bau während der Aussperrung zu verweigern beschlossen. Da nun die Meister sahen, daß wir ihre Pläne durchkreuzt hatten, hat am Donnerstag, den 21. April, eine Versammlung des Arbeitgeberverbandes beschlossen, folgenden Maß in allen Tischlerarbeiten anzuschlagen, den die Gesellen anerkennen haben. Wer den Maß nicht anerkennt, wird Sonnabend, den 28. April, entlassen.

Veranlaßt durch ein aus der Gesellschaft hervorgegangenes Mundschreiben, beschlossen die dem Arbeitgeberverbande für das Baugewerbe angeschlossenen Inhaber von Tischlereibetrieben, daß es den Meistern überlassen bleiben muß, zu bestimmen, welche Arbeiten die Gesellen zu machen verpflichtet sind. Hierzu gehören insbesondere alle Arbeiten, die bisher anstandslos von Tischlern ausgeführt wurden.

Es ist schon oben gesagt, daß die Verufe der Tischler und Zimmerer hier so eng verknüpft sind, daß, wenn wir vorstehenden Maß merken würden, wir uns freiwillig als Streikbrecher proklamieren würden, und das kann man den Holzarbeitern doch niemals zumuten. Daß der Beschluß, am 28. April sämtliche Tischler zu entlassen, nicht ausgeführt wurde, ist darauf zurückzuführen, daß am Freitag, 22., und Sonnabend, 23. April, der Vorsitzende der Lohnkommission und ein Verwaltungsmitglied bei dem größten Unternehmer zwecks Einigung vorstellig wurden, was auch den Erfolg hatte, daß die Entlassung nicht überall vorgenommen wurde, sondern nur in verschiedenen Werkstätten im ganzen 31 Kollegen.

Die Kommission erklärte sich bereit, dafür zu sorgen, daß am Sonntag, den 24. April, eine Holzarbeiterversammlung stattfindet, um nochmals in der Angelegenheit Stellung zu nehmen; gleichzeitig wurde vereinbart, daß wir eine Kommission ernennen sollen, die mit dem Arbeitgeberverband in Unterhandlung eintreten soll, was ebenfalls von uns bereitwillig zugesagt wurde. Am 24. April hat nun die Versammlung stattgefunden. Der Bauvorsteher, Kollege Schweida, gab die Erklärung ab, daß wie die Situation am Orte liege, der Maß nicht anerkannt werden könne, sondern von jedem Kollegen abzuweichen sei, was denn auch einstimmig geschah. Ebenso einstimmig wurde am die Kommission eingesetzt, bestehend aus den Kollegen Schweida, Gärtner und Ungetsch. Hoffen wir, in nächster Nummer berichten zu können, daß die Tätigkeit der Kommission von Erfolg war.

Wir werden per Telegramm mitgeteilt wird, sind die Einigungsversuche gescheitert.



Bekanntmachungen des Vorstandes.

An Stelle des infolge seiner Wahl zum Bevollmächtigten der hiesigen Zahlstelle aus dem Vorstand ausgetretenen Kollegen Hermann Müller ist gemäß § 78 des Statuts der Kollege Johann Ponne, Schreiner, gewählt worden.

Das in Nr. 16 d. Bl. veröffentlichte Ergebnis der Stichwahl in der 18. Wahlabteilung ist dahin richtig zu stellen, daß nach Einrechnung des Wahlergebnisses der Zahlstelle Meissen, welches rechtzeitig eingelaufen, aber verloren gegangen

war, nicht der Kollege Paul Friedrich in Wittweiba, sondern Kollege Paul Kretschmer, Tischler in Meissen, als Delegierter zum Verbandstag in Leipzig gewählt worden ist. Paul Friedrich hat insgesamt 196 Stimmen, Paul Kretschmer dagegen 239 Stimmen erhalten.

Die Eröffnung des fünften ordentlichen Verbandstages erfolgt am Sonntag, den 8. Mai, Abends 8 Uhr, im „Pantheon“, Dresdenerstraße in Leipzig. Diese Eröffnungssitzung gilt nur als Vorversammlung zur Konstituierung des Verbandstages, während die eigentlichen Verhandlungen am 9. Mai im gleichen Lokal beginnen werden.

Tagesordnung:

- 1. Konstituierung des Verbandstages.
2. Vorstands- und Kassenbericht.
3. Bericht des Ausschusses.
4. Bericht der Prekkommission und Stellungnahme zur „Holzarbeiter-Zeitung“.
5. Statutenberatung.
6. Der internationale Holzarbeiterkongress.
7. Wahl des Sitzes des Vorstandes und des Ausschusses, Wahl der Beamten.
8. Sonstige Verbandsangelegenheiten.

Die Delegierten wollen sich so einrichten, daß sie bis zur Eröffnung der Vorversammlung in Leipzig eingetroffen sind. Etwas Wünsche in bezug auf Quartier sind rechtzeitig an das Bureau der Zahlstelle Leipzig, Bindmühlensstr. 9/11, mitzutellen.

Die zum Verbandstag gewählten Delegierten werden gebeten, vor ihrer Abreise nach Leipzig ihr Mandat x. bei dem Bevollmächtigten ihrer Zahlstelle in Empfang zu nehmen.

Infolge des Verbandstages werden in der Woche vom 8. bis 14. Mai die Geschäfte auf dem Verbandsbureau nicht mit voller Pünktlichkeit erledigt werden können. Wir ersuchen die Zahlstellenverwaltungen deshalb, bei der Korrespondenz hierauf Rücksicht nehmen zu wollen und eilige Sachen sofort als möglich vorher zu erledigen, nicht eilige aber bis nach dem Verbandstag zurückzustellen. In der Verbandstagswoche sind dringende Korrespondenzen (aber nur solche) für den Verbandsvorstand nach Leipzig, „Pantheon“, Dresdenerstraße, zu adressieren.

In gegebener Veranlassung machen wir alle Mitglieder hierdurch darauf aufmerksam, daß die Rückzahlung von Restbeiträgen nur innerhalb der durch § 55 a vorgeschriebenen Frist von acht Wochen gestattet ist. Die Rückzahlung von mehr als acht Restbeiträgen ist nur dann zulässig, wenn auf entsprechenden Antrag die Beiträge von der Lokalverwaltung gestundet waren, doch ist nach § 18 auch die Stundung der Beiträge in der Regel nur bis zu dreizehn Wochen gestattet. Wir ersuchen die Mitglieder, zur Wahrung ihrer Rechte an den Verband diese Vorschriften zu beachten und ihre Beiträge pünktlich und regelmäßig zu entrichten.

Der Zahlstelle Behrendorf wird hierdurch die Genehmigung erteilt, ab 1. Mai d. J. einen Lokalbeitrag von 16 ₰ pro Woche, desgleichen den Zahlstellen Göttingen und Oberhausen, einen solchen von 6 ₰ pro Woche neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben.

- Nachstehende als verloren gemeldete Mitgliedsch. d. H. werden hiermit für ungültig erklärt:
13441 Otto Bahrt, Tischler, geb. 5. 3. 01 zu Pinnow.
69001 Karl Oppermann, Tischler, geb. 13. 8. 52 zu Dessau.
70490 Ernst Franz, Tischler, geb. 5. 4. 84 zu Benigsen-Supnig.
95821 Hermann Rietsche, Stuhlbaauer, geb. 28. 4. 74 zu Rabernau.
108100 Wilhelm Grunhschock, Tischler, geb. 17. 7. 58 zu Bzung.
155427 Friedrich Leo Weber, Tischler, geb. 10. 2. 54 zu Pöppsch.
158185 Eduard Blanke, Tischler, geb. 21. 12. 80 zu Hannover.
177807 Oskar Beilke, Tischler, geb. 4. 5. 68 zu Berlin.
Stuttgart, den 23. April 1904.

Der Verbandsvorstand.

Sterbetafel.

- August Straker, Schreiner, geb. 1862 zu Landsbut, gest. 21. 4. 04 zu München.
August Quander, Korbmacher, geb. 29. 3. 60 zu Pomsen, gest. 20. 4. 04 zu Göttingen.
Friedrich Larßen, geb. 10. 10. 81 zu Apenrade, gest. zu Apenrade.
Paul Seidemann, geb. 20. 8. 83 zu Untermhaus, gest. 19. 4. 04 zu Gera.
Ostwin Beist, geb. 9. 9. 85 zu Friedland, gest. 12. 4. 04 zu Friedland.
Hermann Lorenz, geb. 27. 8. 53 zu Reimholl, gest. 22. 3. 04 zu Eberfeld.
Paul Gräber, geb. 8. 9. 64 zu Dresden, gest. 12. 4. 04 zu Eberfeld.
Paul Wittner, geb. 16. 5. 69 zu Falkenberg i. Schl., gest. 20. 4. 04 zu Halle a. S.
Sufat Schütz, Tischler, geb. 18. 10. 72 zu Rospdammit, gest. 4. 4. 04 zu Stettin.
Paul Schöps, Tischler, geb. 10. 2. 43 zu Erfurt, gest. 18. 4. 04 zu Leipzig.

Ehre ihrem Andenken! Die Ortsverwaltungen.

An die Verbandstagsdelegierten!

Den Kollegen zur Kenntnisnahme, daß sich das Wohnungsbureau am Sonnabend, den 7., und Sonntag, den 8. Mai, im „Coburger Hof“, Bindmühlensstraße 9/11, befindet. Infolge der ungünstigen Leipziger Bahnhofsverhältnisse ist es nicht möglich, die Kollegen von den Bahnhöfen abholen zu lassen. Nachstehend werden deshalb die günstigsten Straßenbahnfahrgelegenheiten nach dem Wohnungsbureau angegeben. Vom Dresdener, Magdeburger und Thüringer Bahnhöfe: Straßenbahnlinie Richtung Bayerischer Bahnhof, Wagen mit Abzeichen „E“ bis Haltestelle Bindmühlensstraße. Vom Berliner Bahnhöfe: Straßenbahnlinie Richtung Stötteritz, Wagen mit Abzeichen „2“ bis Haltestelle Markthalle. Vom Ellenburger Bahnhöfe: Straßenbahnlinie Richtung Lindenau, mit Abzeichen „P“ oder „F“ bis Haltestelle Augustplatz, dort umsteigen auf Wagen mit Abzeichen „E“ bis Haltestelle Bindmühlensstraße. Vom Bayerischen Bahnhöfe: Fahrt nicht nötig, Wohnungsbureau zu Fuß in 5 Minuten zu erreichen. Vom Plagwitzer Bahnhöfe: Straßenbahnlinie Richtung Volkmerzdorf, Wagen mit Abzeichen „8“ bis Haltestelle Markthalle. Leipzig, 24. April 1904. Das Komitee zur Vorbereitung des Verbandstages.

Zeugen gesucht!

Herr Georg Schmidt, Metallfabrikant in Spremlingen, hatte Unterzeichneten verklagt, weil dieser in der „Holzarbeiter-Zeitung“ geschrieben habe, daß Schmidt eine Garantiesumme vom Lohn für Kost und Logis einbehalte von solchen Gesellen, die bei seinem Bruder wohneten. In einem Falle ist dies durch einen Zeugen vor Gericht festgestellt. Das Gericht hat den Unterzeichneten aber trotzdem zu M. 50 Strafe verurteilt. Wir bitten nun alle diejenigen Kollegen, die in den Jahren 1902 und 1903 bei Herrn Gg. Schmidt gearbeitet haben und denen gleichfalls Lohnsummen zu obigem Zwecke einbehalten wurden, sich bei uns umgehend zu melden, damit wir sie dem Landgericht in Darmstadt als Zeugen vorschlagen können. Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“. A. Böcke.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Altensteig. Vor einigen Wochen hielt hier Kollege Harber, Stuttgart, einen Vortrag, der uns Veranlassung zur Gründung einer Zahlstelle gab. 21 Kollegen sind ihr sofort beigetreten. Am 16. April fand wiederum eine Versammlung statt, in der sich mehrere Kollegen ausnehmen ließen, trotzdem die hiesigen Schreinermeister ihre Gesellen vom Anschluß abzuhalten suchten. Die Zahlstelle ist bringen notwendig, ebenso wünschenswert ist es, daß die noch fernstehenden Kollegen sich recht bald anschließen, die Arbeitsverhältnisse lassen alles zu wünschen übrig; die Arbeitszeit ist überaus lang und der Lohn gering. An der in letzter Versammlung angeregten Maßfeier werden sich hoffentlich alle Kollegen beteiligen.

Donaueschingen. Schwere Mißstände herrschen in dem Betrieb der Firma Mez & Co., Bürstenfabrik hier. Die Direktion scheint der Meinung zu sein, daß der Mensch erst beim Fabrikdirektor beginnt. Da ist ein Antreiben und Zuckeln der Arbeiter üblich, wie es schlimmer nicht sein kann. Bei der geringsten Gelegenheit wird den Arbeitern der Stuhl vor die Tür gestellt, ganz gleich, ob sie kurze oder lange Zeit bei der Firma beschäftigt sind. Obendrein ist in dem Betriebe eine Spitzelwirtschaft installiert, der die edle Aufgabe obliegt, alles „Verdächtige“ zur Kenntnis der Direktion zu bringen. Es ist wahrhaft traurig, daß sich Leute finden, die sich dem Denunziantenhandwerk verschrieben haben. Der Herr Direktor Kunze hält es nicht unter seiner Würde, die Arbeiter mit beleidigenden Ausbrüchen, wie: „Steigen's mir den Dudel nauf“, „faule Kerls“, oder „schlagen's dem Menschen eine Hin, ich bezahl' die Straf!“ und dergleichen mehr, zu traktieren. Als der eine Betrieb der Firma Mez eingestellt wurde, erließ der Herr Direktor im Amtsverbindung einen Aufruf, wonach alle Arbeiter ein Unterkommen finden. Warum das? Offenbar nur deshalb, damit das Angebot an Arbeitskräften nicht nachlasse und er nach wie vor den Arbeitern seine Macht fühlen lassen konnte. Kürzlich brachte der Herr Direktor es fertig, den Vorsitzenden der hiesigen Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes soweit zu bringen, daß er nach achtjähriger Tätigkeit in der Mez'schen Fabrik seinen Platz aufgab. Nützen hat die rigorose Behandlung der Arbeiter dem Geschäft noch nicht gebracht. Die Herren Mez erfahren davon wohl nichts und der rebegwante Herr Direktor wird ja schon verstehen, den Herren Mez gegenüber sich als die getränkte Unschuld aufzuführen. Die Hauptschuld an den bedauerlichen Zuständen liegt an den Arbeitern selber. Würde kein Arbeiter sich zu den Zuträgerdiensten hergeben, so wäre manches anders, insbesondere würden dann die vielen Strafen nicht vorzukommen. Dank der Zuträgerdienste, welche von Arbeitern besorgt werden und dank der Interesslosigkeit der Arbeiter kann der Herr Direktor ganz nach Willkür schalten und walten. Wenn die Selbsterlöblichkeit dieses Herrn gebrochen werden soll, dann ist es notwendig, daß die Arz-

beiter nicht mehr so gleichgültig sind als bisher, sondern sich ihrer Organisation anschließen. Dadurch allein wird es möglich sein, ihnen neben einer menschenwürdigeren Behandlung auch sonstige bessere Arbeitsbedingungen zu erzwingen. Darum hinein in den deutschen Holzarbeiterverband.

Gelsenkirchen. Am 17. April sprach hier in einer gut besuchten öffentlichen Holzarbeiterversammlung Kollege Kunisch aus Düsseldorf. In großen Zügen zeigte Redner den Nutzen der Organisation, ging besonders auf das Statut ein und zeigte, wie nötig es speziell auch für verheiratete Kollegen sei, der Organisation anzugehören. Am Schlusse forderte Redner zu zahlreichem Eintritt in die Organisation auf. Stürmischer Beifall lohnte den trefflichen Vortrag. Während bis dahin die Versammlung ruhig verlaufen war, kam es jetzt anders. Ein Herr Scheidler, der ebenfalls die Gelsenkirchen-„Hochschule“ absolviert hat, regte sich gewaltig darüber auf, daß Kollege Eisenstein das christliche Holzarbeiterverbände in der Diskussion als nicht maßgebend betrachtete. Außerdem versuchte dieser Herr, Redner für seine christliche Organisation zu machen, indem er sich als Berater über die richtige Taktik aufspielte. In der Diskussion wiesen denn auch die Kollegen seine Angriffe in kurzer, scharfer Weise unter lebhaftem Beifall der Versammlung zurück. Als besonders bemerkenswert müssen wir den guten Geist, der unsere Kollegen beherrscht, bezeichnen, welcher zu den besten Hoffnungen berechtigt. Deshalb, Kollegen von Gelsenkirchen, auf zur Agitation! Eine Anzahl Kollegen ließ sich in den Verband aufnehmen.

Mühlberg a. d. E. Die hiesigen Korbmacher beabsichtigen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Die Forderungen sind in bestimmten Grenzen gehalten. Es soll in der Hauptsache eine annähernd zehnprozentige Erhöhung der Stücklohnsätze gefordert werden. Die Arbeitgeber verhalten sich vorläufig ablehnend; sie drohen schon im voraus einigen nicht recht selbstbewußten Kollegen, daß sie nichts bewilligen würden. Einmal wollen sie die Arbeit selbst machen, ein anderes mal wollen sie die fertige Arbeit von Fürstenberg oder Guben beziehen. Eins ist so hinfällig wie das andere. In der jetzigen Konjunktur, die in der Regel bis August untermindert flott bleibt, werden unsere Artikel ganz besonders verlangt, und zwar überall, so daß an einen Bezug von außerhalb ernstlich nicht gedacht werden kann. Die hiesigen Kollegen werden sich durch derartige Schreckschüsse nicht beirren lassen in ihrer Forderung um besseren Lohn. Die Verweigerung der Forderungen läßt sich in keiner Weise bestreiten. Es muß einmal mit Nachdruck dem Arbeitgeber zumut gemacht werden, daß auch die Familie eines Arbeiters ein Recht hat, menschenwürdig zu leben. Daß dies bei einem Durchschnittsverdienst von $M 12$ nicht gut möglich ist, wird auch ein Korbmachermeister von Mühlberg zugeben müssen. Wir bitten nun noch unsere auswärtigen Kollegen, von obigem Notig nehmen zu wollen und vorläufig nicht nach Mühlberg zu kommen.

Neustettin. Am 21. Januar kam es bei den Tischlern infolge schlechter Behandlung und niedriger Löhne in der Neustettiner Holzbearbeitungsfabrik, G. m. b. H., zu Differenzen. Es gelang aber durch die Hinzuziehung des Gewerbe-Inспекtors, Herrn Gläse, eine Einigung zu erzielen. Der Herr Direktor dieser Fabrik forderte von uns, einen Tarif aufzustellen, und in Gegenwart des Herrn Gewerbe-Inспекtors Gläse gelang es uns, ein schriftliches Protokoll aufzustellen, welches gleichzeitig von der Lohnkommission und den beiden Herren unterschrieben wurde. Das galt aber nur für kurze Dauer; denn ein paar Wochen später ging der Kampf von neuem los. Das Protokoll wurde nicht anerkannt, und der von uns ausgefertigte Tarif, welcher auch schon mehrere Wochen unterschrieben war, wurde bei einzelnen Positionen, bei welchen noch etwas verdient wurde, gestrichen. Dies geschah sogar bei solchen Arbeiten, bei denen bereits 16 Kollegen mit 14 \mathcal{G} pro Stunde nach Hause gegangen waren. Auf Antrag der Lohnkommission sah sich der Direktor veranlaßt, vier Kollegen, die er für die besten Arbeiter hielt, $M 4$ mehr zu geben. Er war der Hoffnung, die anderen Kollegen würden sich damit zufrieden geben. Er nahm an, daß die Bevorzugten stillschweigen würden. Aber in der darauf folgenden Versammlung brachten es diese vier Kollegen zur Sprache, woraufhin gleiches Recht für alle verlangt wurde, auch für diejenigen Kollegen, welche einen Stundenverdienst von 14 \mathcal{G} hatten. Hier ist es nun allgemein üblich, daß am dritten Feiertag nicht gearbeitet wird. Nun hatte aber der Direktor zu vier Kollegen gesagt, daß sie wegen eiliger Arbeit kommen müßten. Dies geschah. Sie gingen aber nachmittags auf Veranlassung der übrigen Kollegen nicht wieder hin. Diese versäumte Zeit will der Direktor durch Überstunden wieder einholen. Dies lehnten wir ab, weil wir befürchteten, daß dann recht bald die laut Protokoll festgesetzte zehnstündige Arbeitszeit wieder flöten gehen würde. Eine Verhandlung in Gegenwart unseres Gauvorsitzers, Kollegen Güth, hat der Herr Direktor schon dreimal abgelehnt mit dem Vermerk: „Ich will Herr in meinem Hause sein und mit dem Dersiger Herrn nichts zu tun haben.“ Dreimal sind wir alle aus der Fabrik hinaus- und immer wieder hineingegangen, immer in der Hoffnung, auf gutlichem Wege die Differenzen beizulegen. Die Kollegen bestehen nun strikte darauf, daß die Abmachungen vom 21. Januar in vollem Umlauf durchgeführt werden. Zugang ist also streng fernzuhalten.

Osbork. Hier wurde am 18. April nach einem Referat des Kollegen Fialer über das Innungswesen eine Zahlstelle gegründet und die Kollegen Kögner und Häner in die Verwaltung gewählt.

Druckfehlerberichtigung. Anstatt des Ortsnamens Singen vor einem Bericht in Nr. 17 der „Holzarbeiter-Zig.“ ist irrtümlich der Name Siegen gesetzt worden.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

- Zugang ist fernzuhalten von:
- Tischlern nach Osnabrück, Prag, Berleberg (Heinrichs & Co.), Frankenthal (Hölscher), Budapest, Wolgast (Holzindustrie-Aktien-Gesellschaft), Bremerhaven, Lambrecht (Firma L. Chandon & Co., G. m. b. H.), Singen (Müller), Roskod, Hof (Möbelfabrik E. Stie), Rowawes (Schmager), Wilsbruff, Lassin i. Pommern, Brandenburg a. d. H. (Horning), Reinbet und Wentorf (sowie nach dem Bergedorfer Holzwerk), Olbesloe (Combihr), Eilenburg, Wittenberge, Karlsruhe, Offenbach, Pöschel (F. Behrend);
- Tischlern nach Steglitz, Sichterfelde, Friedenau, Langwig bei Berlin, Nixdorf;
- Tischlern und Einselegern nach Berlin und Umgebung (Firma Perri und Bendig & Söhne);
- Tischlern und Maschinearbeitern nach München (Schröder), Herford i. W., Neustettin, Bochum (Altenhövel);
- Tischlern, Maschinisten und Polierarbeitern nach Rating (Münchener Leistenfabrik F. Gülden, vormals Gerzdorf & Brandenburg);
- Tischlern, Drechslern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Landsberg a. d. Warthe;
- Weiszmöbeltischlern nach Melle bei Osnabrück;
- Stuhlischlern nach Ilmenau (Gebr. Köhler);
- Bau- und Möbeltischlern nach Schwiebus (L. Scholz Söhne);
- Drechslern nach Münster i. Westf., Diefenthal (Fiebig);
- Parfettbodenlegern nach München;
- Tischlern und Stellmachern nach Lippstadt;
- Möbeltischlern nach Bayreuth (Faulstich & Pezold);
- Korbmachern nach Corbetha (M. Thiele), Marktand (F. Schneider), Braunschweig, Sellstedt (Allernann, Schröder & Mich), Stubben (Ziegaff), Pogstedt (Kairath);
- Stuhlmachern nach Fürth (P. Scheidig);
- Stockerarbeitern nach Bürgel i. Hessen (F. Gau), Berlin (A. Schülte, Nitterkr. 59);
- Stellmachern nach Hamburg-Altona;
- Bürstenmachern nach Lippstadt.

Der Tischlerstreik in Steglitz und Groß-Sichterfelde dauert unverändert fort. Den Streikenden, die mühtig ausharren, wurde eine namhafte Erhöhung der Streikunterstützung zu teil. Die Verhältnisse in den Betrieben, die von Herrn Sebastian, dem Vorsitzenden des Arbeitgeber-Schutzverbandes, so übers Bohnenlieb gelobt werden, sehen denn doch etwas anders aus. Das Streikbureau erhielt dieser Tage nämlich folgende Postkarte eines beehrten Arbeitwilligen:

Berlin, den 17. April 1904.
 Kollegen ich habe 4 Tage bei Sebastian gearbeitet Lindenstraße 47. habe selbst eine kleine Werkstatt durch meine Frau und Sohn waren bei mir redeten mir zu als ich aber Erfuhr die Sache; und Inhalt hörte ich Sonnabend auf. ich bekam ein Lohn den Tag mit 3-25 \mathcal{G} . ich sollte auch dort Essen und Schlafen und beten dieses Entfagte ich gearbeitet ist worden 11 Stunden dieser schlaue Daxian da ist kein wunder; wenn man die Arbeit ruhen läßt: —
 Unter gruß Julius Jarnikow.
 (Folgt noch jegliche Adresse.)

Zur Auffklärung sei bemerkt, daß diese $M 3,25$ voller Lohn sind, ohne Abzug für Essen, Schlafen und Weten. Ein anderer Arbeitwilliger, der sich in Kost und Logis befand, erklärte, daß er armer diesem noch $M 1,50$ pro Tag erhielt. Eine bescheidene Anfrage: Müssen die Arbeitwilligen von diesen Löhnen auch noch das Maschinengeld bezahlen? Wenn ja, dann ist wohl zu glauben, daß die Herren Tischlermeister diese Leute in der Tat „für besonders nützliche“ Elemente ansehen.

Die „Fachzeitung“ der Tischlermeister enthält in Nr. 17 folgenden Artikel:
 Steglitz. Neues ist vom Streik nicht zu berichten. Es herrscht Ruhe — nur unterbrochen durch den Schritt der nach „Arbeitswilligen“ unermüdet juchenden Streikpatrouillen, welche jedoch nicht verhindern können, daß trotzdem nach und nach die Büden der Werkstatt mit frischen Kräften ausgefüllt werden. In der am Dienstag, wie allmählich seit dem Beginn des Streiks, abgehaltenen Versammlung der Meister des Verbandes herrschte, wie immer, ein fester, opferwilliger Sinn und der Entschluß, auszuhalten, was es immer auch kosten möge! Zwar sind ja leider einige Auckkollegen schon bei Beginn des Kampfes auf feindliche Seite getreten, und haben alle, auch die unglücklichsten Forderungen der Gesellen sofort bewilligt; indes die zuversichtliche Hoffnung auf endliche Sieg ist vorherrschend; dieselbe konnte sich nur steigend angesichts der mit größter Heiterkeit aufgenommenen Drohung der Gegner, die erklärt haben: wenn wir am dritten Osterfeiertag noch keinen Friedensschluß haben, so setzen wir gleich den dritten Pfingstfeiertag fest als nächsten Termin, wo wir unterhandeln wollen. Wir bitten nach wie vor unsere Kollegen im ganzen Vaterlande, uns zur Seite zu stehen, und vor allem keine Gesellen aus Steglitz anzunehmen. Wir stehen nach wie vor fest, wir verlassen die Schanzen nicht! Einigkeit, weiter ist gar nichts nötig. J. A.: Sebastian.
 Des weiteren schreibt derselbe Herr in der schwarzen Liste, welche diese Woche wieder erschien:
 Verschiedene Versuche zur Beilegung des Streiks sind fehlgeschlagen, da die Arbeiter krampfhaft erklären, daß die Mehrzahl ihrer streikenden Genossen bereits anderweitig untergebracht sei und die Meister über kurz oder lang doch nachgeben müßten, da ihnen die Arbeitskräfte fehlen würden. J. Sebastian, Vorsitzender.

Wir bemerken zu den Ausführungen des Herrn Sebastian, soweit dieselben sich auf die verschiedenen Versuche, den Streit beizulegen, beziehen, daß Herr Sebastian die Unwahrheit gesagt hat; nur einmal, nicht wiederholt, ist seitens der Meisterkommission der Versuch gemacht worden; daß er scheiterte, lag nicht an uns, sondern an der Generalversammlung der Meister, die von einer Einigung nichts wissen wollte. Auch die Aeußerung, daß wir, wenn am dritten Osterfeiertag der Kampf nicht beendet werde, wir gleich den dritten Pfingsttag zur Verhandlung festsetzen, ist unwahr; dies haben die Meister, aber nicht wir, gesagt. Im übrigen werden die Herren noch recht lange auf der Schanze sitzen müssen, und da ist es doch sehr gewagt von Herrn Sebastian, zu sagen, daß nichts weiter als Einigkeit nötig sei. Sollte der Herren nicht auch nach und nach das planty money ausgehen? Es sind vielleicht viele darunter, die solches bitter nötig hätten, sintemalen die Herren sich bisher von den Gesellen das Geld verdienen ließen, welches jetzt, da die Räder stille stehen, ausbleibt. Hoffentlich hat der Reichs-Oberfeldmeister ein Einsehen und läßt den braven Sebastian und seine Getreuen nicht im Stich; denn es ist doch eine fatale Geschichte, wenn, wie die Wehrlose aus Cassel heute noch beweisen, der Streik manchem Meister schweren Schaden zufügt und viele sich nur langsam oder nie wieder erholen. Hoffentlich erlebt Herr Sebastian, der als frommer Mann seinen Herrgott jeden Tag ansieht, er möge ihm den Sieg verleihen, es nicht, „daß sein Gebet erhört werde“, sintemalen er seinen Herrgott, wie wir oben gezeigt haben, mehrere Male verhöhlt hat. Rache muß sein, Herr Sebastian. Also bereiten Sie sich vor auf einen gründlichen Meinsall. Wir londonieren.

Herr Josef Friedrich, Möbelfabrikant in Wilsbruff, sucht im „Prager Abendblatt“ und im tschechischen „Národní Politika“ 50 bis 60 Möbeltischler bei Affordblühnen, je nach Leistung $M 18$ bis 30 pro Woche für sofort oder später. Unser tschechisches Bruderorgan „Drovoednik“ in Prag hat dem Herrn Josef Friedrich sofort in die Suppe gespuht, auf den Streik in Wilsbruff hingewiesen und dringend gewarnt, dem Herrn Josef Friedrich ins Garn zu laufen. Auch Gegeninfarate sind den annoncierenden Prager Blättern zugeandt worden, doch sei es fraglich, wie uns der Sekretär der Prager Holzarbeiterzahlstelle schreibt, ob dieselben aufgenommen werden. Auf jeden Fall solle aber getan werden, was möglich ist, um Arbeitswillige aus Böhmen fernzuhalten.

Die Möbeltischler der Firma Schönau & Frölig in Braunschweig haben den Mindestlohn von $40 \mathcal{G}$ pro Stunde und 12 bis $15 \mathcal{G}$ Erhöhung der Affordpreise bewilligt erhalten. Den gleichen Erfolg hatten die Kollegen der Firma Severidt in Watenbützel bei Braunschweig. Andere Gesäfte für Möbeltischler kommen nicht in Frage. Der Streik ist damit beendet und der Zugang freigegeben.

In Eilenburg befinden sich seit dem 23. April 200 Tischler im Ausstand. Bis auf wenige handelt es sich nur um Verbandsmitglieder. Die Unternehmer lehnten die folgenden drei ersten Forderungen ab: 9½ stündige Arbeitszeit, Garantie des Durchschnittslohnes bei Arbeiten, deren Preis nicht tarifmäßig feststeht, Lohnzuschlag von 10 pZt. bei Lohn- und Affordarbeit, Zahlung eines Minimallohnes von $30 \mathcal{G}$ pro Stunde bei Lohnarbeiten. Die übrigen Forderungen sind nur bedeutungslos. Zugang ist streng fernzuhalten.

Die Firma Altenhövel in Bochum hat die Tischlerarbeiten für das Direktionsgebäude der Hebammen-Lehranstalt in Elberfeld geliefert und wollte eine Anzahl Tischler zum Einsehen und Anschlägen von Bochum dort hin schicken. Dieselben verlangten $M 1,50$ pro Tag Zulage oder Montagegeld. Die Firma wollte jedoch nur $M 1$ geben. Am letzten Lohnstage wurden die bei der Arbeit beschäftigt gewesenen Kollegen gefragt, ob sie für $M 1$ Zulage nach Elberfeld gehen wollten, wenn nicht, seien sie hiermit kündigt. Die übrigen Kollegen erklärten sich solidarisch und reichten nun ihrerseits die Kündigung ein.

Die Elberfelder und andere Kollegen werden, falls sie zur Leitung der Arbeit bewegen werden sollten, aus dem vorstehenden die Schlussfolgerung zu ziehen wissen.

Die Offenbacher Tischler hatten von ihren Arbeitgebern die Einführung der 9½stündigen Arbeitszeit und 10 pZt. Lohnzuschlag verlangt. Am 17. April hatten sie diese Forderungen eingereicht und bis zum 22. April, Mittags 12 Uhr, Antwort erbeten. Als diese nicht eintraf, ist kurzzerhand am gleichen Abend beschlossen worden, am 25. April, Montag, die Arbeit einzustellen. Am 23. April traf die Antwort ein, daß die Forderungen einstimmig abgelehnt seien. Es kommen im ganzen 187 Kollegen, davon zehn in christlichen Holzarbeiterverband organisiert, in Frage. Vier Meister, die zusammen 15 Gesellen beschäftigen, haben bewilligt. Es wird dringend ersucht, den Zugang fern zu halten, besonders mögen dies die benachbarten Zahlstellen beachten.

Die Stuttgarter Bauschreiner stehen mit den Arbeitgebern in Unterhandlung zwecks Einführung einheitlicher Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es wurden folgende Forderungen aufgestellt: Abschaffung der Affordarbeit für Werkstattschreiner und Anschläger, Minimallohn von 46 bezw. 42 bezw. $36 \mathcal{G}$, 9½stündige Arbeitszeit, 1½ Stunden Mittagspause für das ganze Jahr, Wegfall der Wesperepaufen, 25 pZt. Zuschlag für Überstunden, 50 bezw. 100 pZt. für Nacht- und Sonntagsarbeit, $80 \mathcal{G}$ bezw. $M 2$ Zuschlag pro Tag für Arbeiten außerhalb der Stadt, achtstündiger Arbeitstag. In Betracht kommen 25 Gesäfte mit ungefähr 350 Arbeitern. Am Montag, 17. April, wurden diese Forderungen an die Schreiner Genossenschaft und den Baugewerksverein eingereicht. Erstere hat nunmehr die Anglegenheit dem „Verbande württembergischer Holzindustrieller“ übertragen, und finden in den nächsten Tagen Verhandlungen von Organisation zu Organisation statt, nachdem die bisher geführte Korrespondenz kein Resultat zeitigte. Während in den Wauschreinerzweigen größtenteils die 9½stündige Arbeitszeit besteht und die Minimallohne das Hindernis zur Verständigung bilden, beharren die Bau-

gewerkmeister mit Hinweis auf den mit ihren übrigen Bauarbeitern abgeschlossenen Arbeitsvertrag auf der zehnmonatigen Arbeitszeit. Die Bewegung wurde jedoch eingeleitet, um einheitliche Arbeitsverhältnisse für alle Bauarbeiter zu schaffen. Weitergehende Wünsche eindämmend, wurden deshalb die Lohnsätze für hiesige Verhältnisse sehr mäßig festgesetzt, so daß auf Entgegenkommen gerechnet werden könnte. Die Zahlstelle ist entschlossen, die Forderungen durchzukämpfen, falls in den Unterhandlungen keine Verständigung erzielt wird. Deshalb: Achtung Kollegen allerorts! Der Entscheid fällt in den nächsten Tagen!

Der Ausstand der Holzarbeiter bei der Firma Faust & Bezold in Bayern. Am 12. April haben bei obiger Firma sämtliche Arbeiter einmütig die Arbeit niedergelegt. Die Firma Faust & Bezold — oder wie sie früher hieß Faust & Fröhlich — gehört zu denjenigen, von denen man mit Recht sagen kann: es ist alle Augenblicke „etwas los“. Bereits in früheren Jahren kam es zur Arbeitsniederlegung, und wiederholt schon mußte der Bauvorstand des Holzarbeiterverbandes zwischen der Geschäftsleitung und dem Arbeitspersonal den Frieden wieder herstellen. Und eigentlich, wenn man diese Zustände, wie solche während der letzten Jahre geherrscht haben, betrachtet, so möchte man beinahe sagen, daß ein immerwährender Kampf zwischen dem Arbeitgeber Faust und seinen Gehülfsen bestand. Es kann also heute nicht als besonders verwunderlich erscheinen, daß dieser immerwährende Kampf auf einmal wieder etwas lebhafter geführt wird. Die Ursache dazu besteht in folgendem: Fast durchnur sämtliche Arbeiter der Firma Faust & Bezold arbeiteten im Alford. Die Alford-Lohnsätze können aber nur als minimal bezeichnet werden, denn das höchste Monatslohn betrug M. 10,88, welches aber nur vier Arbeiter hatten, und das niedrigste Monatslohn war M. 8, obwohl früher schon ein Minimallohn von M. 15 festgesetzt worden ist. Die übrigen Löhne schwanken im allgemeinen zwischen M. 15 bis M. 18. Von 22 Sägereiern des Vertriebes hatten drei Mann einen bestimmten Wochenlohn von M. 24. Nun scheint Herr Faust in der letzten Zeit selbst eingesehen zu haben, daß der Verdienst seiner Arbeiter einer Verbesserung dringend bedürftig sei, denn er führte ein sogenanntes Prämienlohn-System ein: er ließ eine Anzahl Alfordarbeiter auch im Tagelohn arbeiten. Von diesen erhielten fünf bis zehn Mann, sobald die Arbeit fertiggestellt war, 10 Pct. Zuschlag, während andere Arbeiter, darunter ältere Leute, den Vorzug nicht hatten, diese 10 Pct. zu erhalten. Begriffsicherweise erreichte dieses Vorgehen böses Blut unter den Arbeitern. Es wurde deshalb von den letzteren beschlossen, an die Geschäftsinhaber das schriftliche Ersuchen zu richten, die 10 Pct. allgemein zu gewähren, denn, was dem einen recht, ist dem anderen billig. Herr Faust erhielt das Schreiben durch die Post, gab jedoch keinen Bescheid darauf, sondern suchte vielmehr jede Auseinandersetzung mit der Kommission hinauszuschieben. Die Arbeiter beschloßen deshalb, ein zweites Schreiben, welches das gleiche Ersuchen wie das erste enthielt, durch den Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes der Zahlstelle Bayern an ihren Arbeitgeber Faust zu richten; die Verfallsfristkommission war beauftragt, dieses Schreiben persönlich Herrn Faust zu übergeben. Der Versuch dazu wurde ja allerdings gemacht, jedoch verweigerte Herr Faust die Annahme des Schreibens. Er erklärte vielmehr, daß er keinen Vorsitzenden der Verfallsfriststelle Bayern, auch keinen Bauvorstand, ja selbst keinen Holzarbeiterverband kenne. Er wolle mit seinen Leuten selbst unterhandeln. Wie sich aber Herr Faust dieses dachte, erhellt am besten daraus: Vor einiger Zeit wurde ein Arbeiter vorstellig und verlangte ebenfalls die 10 Pct. Zuschlag. Mit diesem Verlangen wurde der Arbeiter von Herrn Faust rundweg abgewiesen. Außerdem erklärte Herr Faust der Verfallsfristkommission bezüglich der 10 Pct.: „Wem ich's geben will, dem geb' ich's; das sind meine Sachen, das geht die Kommission nichts an.“ Ueber das ablehnende Verhalten der Geschäftsleitung empört, beschloßen nun die Arbeiter, daß die Kommission persönlich die Wünsche der Arbeiter bei ihrem Arbeitgeber vortragen solle, gleichzeitig aber auch eine Lohnhöhung um 25 Pct. und Abschaffung der Alfordarbeit zu verlangen. Der Kommission gegenüber erklärte Herr Faust, daß er sich erst mit seinem Geschäftsteilhaber verständigen müsse. Als dann am Mittwoch, 6. April, die Kommission auf endgültige Entscheidung drang, verlangte Herr Faust, daß er mit jedem Arbeiter allein unterhandeln wolle, was selbstverständlich abgelehnt wurde. Hierauf erklärte Herr Faust: Er bewillige gar nichts, und wenn dies nicht passe, der könne seinen Wege gehen. Darauf legten am Montag sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder und verließen diese ungesellige Arbeitsstätte. Damit hatte wahrscheinlich Herr Faust nicht gerechnet; jedenfalls hatte er gehofft, daß ein Teil seiner Arbeiter bleiben würde. — Bezüglich der Firma Faust & Bezold ist die Tatsache, daß dieselbe schon vorher in Böhmen Arbeiter zu gewinnen suchte, trotzdem genügend Arbeiter im Betriebe waren. Ohne Zweifel verzichtete man, auf diese Weise unliebame andere Arbeiter auf's Plaster zu werfen. Herr Faust bemühte sich auch bereits, bis jetzt erfreulicherweise vergebens, in Nürnberg Streitarbeit anfertigen zu lassen. — Die ruhige, besonnene Haltung der Ausständigen sichert diesen die ungeteilte Sympathie der hiesigen Arbeitererschaft, wie auch der übrigen Einwohnerschaft. Wögen auch die auswärtigen Holzarbeiter sich mit ihren auswärtigen Kollegen solidarisch erklären, dann wird dieser neueste wirtschaftliche Kampf ohne Zweifel zu deren Gunsten endigen.

Ausgesperrten, die ergebensten Diener der Regierung sind die Sozialdemokraten, die nur die Gefahr der Wiener Regierung besorgen, wenn sie die glorreiche tschechische Industrie schädigen. In feierlicher Weise erkläre dabei das hohe Lieb der Streikbrecher, jener Märtyrer ihrer Ueberzeugung, die dafür geistigt und geschlagen werden, daß sie die tschechische Arbeit zu Ehren bringen wollen. In dieser Tonart ging es fort und zum Schluß gelangte eine Resolution zur Annahme, die die berühmte Abwehrorganisation auffordert, mit allen Mitteln zum Schutze des Gewerbes einzuschreiten. Diese Mittel sind natürlich Polizei und wieder Polizei, und so wird sich denn laut Beschluß eine sehr zahlreiche Deputation zum Polizeidirektor und zum Statthalter begeben, um der Forderung nach Polizeischutz möglichst Nachdruck zu verleihen. Die Arbeiterschaft lassen alle die Klagen, Verleumdungen und Drohungen kalt, weiß sie doch, daß es nur Zeichen ohnmächtiger Mut sind, die sich austoben will, die aber nicht vermag, die gerechte Sache der Ausgesperrten irgendwie zu beeinträchtigen. Ungebeugt und unverbrochen gehen sie der weiteren Entwicklung des Kampfes, ebenso wie dem nahenden Wintertermin, entgegen. Wiffen sie doch, daß die organisierte Arbeiterschaft auf ihrer Seite steht und ihre Pflicht erfüllen wird, um ihnen zu ihrem unvermeidlichen Siege zu verhelfen.

Die Wiener Tischler befinden sich in einem ununterbrochenen Kleinkrieg wegen Einführung des Reumtundenlohes. In einer großen Anzahl hatten sie bereits gute Erfolge. In zwei größeren Werkstätten mit zusammen 47 Tischlern und 48 Metallarbeitern wurde in letzter Woche der Reumtundenlohn bewilligt. In vier Werkstätten ist die Forderung eingereicht.

350 Arbeiter und Arbeiterinnen der Bürstenfabriken A. Stern und Galb & Co. in Debreczin (Ungarn) haben die Arbeit eingestellt. Sie fordern zehntägige Arbeitszeit, 80 Prozentige Lohnerhöhung, Anerkennung der Vertrauensmänner und ausländige Verhandlung. Zugang ist ferngehalten.

Der Streik der Schiffstischler und Möbelschneidwerke auf der Hellesingdorfer Werft dauert noch immer fort. Wie bekannt, befinden sich 42 Mann im Ausstand. Mehrere deutsche Kollegen haben sich durch Annoncen in deutschen Zeitungen zur Reise nach Hellesingdorfer Werft gelockt lassen, weshalb wir unsere Warnung vor Zugang hierdurch nochmals wiederholen. Der Vorstand des bayerischen Tischlerverbandes.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Paul Gräser.

Einer unserer Besten ist dahingegangen. Die Volksleuchte Lubertulose hat ihn hinweg gemächt. Jahrzehnte lang hat er in Rheinland-Westfalen agitatorisch gewirkt und das Schwerte zur Entwicklung uneres Verbandes redlich getan. Möge seine opferfertige, die Massen begeisterte Tätigkeit hundertfache Nachahmung finden. Den Lebestein im Herzen, hat er noch 14 Tage vor seinem Tode eine Verjüngung abgehalten. Der Holzarbeiterverband verlor in dem verstorbenen Kollegen einen tüchtigen Agitator und seine Mitarbeiter einen braven, überzeugungstreuen Freund. Alle werden ihm stets ein bleibendes Andenken bewahren.

Schwarze Listen! In Nr. 16 der „Holzarbeiterzeitung“ wird unter dem Stichwort Die Kühnemänner vor dem Reichsgericht ein Prozeß erwähnt, worin der Klageanspruch eines auf die „Schwarze Liste“ gesetzten Metallarbeiters dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt wird. Wir wissen ja längst, daß die Unternehmerorganisation die „Schwarzen Listen“ als Spezie betrachtet und daß diese patriotischen Herren dem Gebote, „niemand an der freiwilligen Arbeit zu hindern“, keine Folge leisten. Mander brave Arbeiter, der sich nicht einmal gewerkschaftlich oder politisch betätigt, der sich nur aus irgend welchem Grunde bei seinem Vorgelegten persönlich mißliebig machte, wurde schon oft auf lange Zeit von Brot und Arbeit ausgeschlossen. In Freudenstadt (Schwarzwaldbad) kam einem Kollegen ein Meisterschreiben zu Gesicht, worin über fünf Kollegen der Ausschluß von der Arbeit mitgeteilt war. Der eine ließ den Alford liegen, der andere lieferte nicht sauber und so ging es fort. Seit dem 1. Januar d. J. befinden sich Bettel im Umlauf (etwa 10 cm lang, 8 cm breit, hergestellt auf der Schreibmaschine und dann vervielfältigt) mit der Aufschrift des Delikten „Alfordbrüchig“, „Wegen Aufreizung z. entlassen“ usw. Falls sich der Herr Staatsanwalt die Firmen, die dem Wunsch ihres kaiserlichen Herrn, „niemand an der freiwilligen Arbeit zu hindern“, in so vorzüglicher Art und Weise nachkommen, etwas näher ansehen will, nennen wir: F. Birthsöhne, Blesch, Dettinger, sämtlich in Stuttgart, Morgenstaler, Juffenhäuser usw. Diese wenigen Beispiele zeigen uns, was sich die Unternehmer alles leisten dürfen. Mander betroffene Arbeiter aber kann sich nun leichter die Frage beantworten: Warum bekomme ich solange keine Arbeit, weshalb habe ich beim Arbeitluchen so'n Malheur? Dringlich notwendig dürfte es sein, daß unsere Verbände dieser Tätigkeit der Unternehmerorganisationen mehr Aufmerksamkeit als bisher widmen. Wo halbweg angängig, sollten wir die Gerichte in Anspruch nehmen.

Die Erzgebirgische Holzindustrie-Gesellschaft in Brand hat sich laut Bericht des Ausschusses im vorigen Jahre wieder etwas erholt. Im Jahre 1902 hatte das Geschäft einen Verlust von M. 9859,39, der im verfloßenen Jahre durch einen Ueberschuß von M. 11 903,09 wieder ausgeglichen ist.

Die künstlerischen Tischlermeister Schleswig-Holsteins hatten sich in einer Petition an den Reichstag gewandt, daß er das Streikpötenstehen unter Strafe stellen möge. Die Eingabe berief sich auf den Ausstand der Kieler Zimmerer- und Maurerergelien vom Sommer 1902, dessen „Ausbreitungen“ die Polizei machtlos gegenübergestanden habe. Der Regierungs-

vertreter Geh. Regierungsrat Espelhaagen erklärte, der Bundesrat habe sich bisher nicht veranlaßt gesehen, der Frage einer Abänderung des § 153 der Gewerbeordnung im Sinne der Petition näher zu treten, und die Kommission beschloß, beimplen Uebergang zur Tagesordnung zu beantragen. Daß der früher so vernünftig gewesene alte Peter Fingz in Kiel als Obermeister sich zu solchen geradezu unverständigen Handlungen drücken hergibt, nimmt uns wirklich wunder. Daß er seit Jahren neue Staatsarbeiten macht und alte nicht ist gewiß kein Grund, gegen die Arbeiter zu wüten, die, wie er auch, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern trachten.

Eine neue Tariftgemeinschaft der Tischler in Ostland ist vor einigen Wochen durch Verhandlungen, die sich über ein halbes Jahr erstreckt hatten, zu Stande gekommen. Sie soll am 1. Mai in Kraft treten und zwei Jahre gelten. Für sieben Städte wurde eine Erhöhung der Minimallohnentlohn erzielt und außerdem wurde ein für ganz Jütland geltender Alfordtarif für Möbelschneidwerke wie für Bauarbeit festgelegt.

Literarisches.

Von „der illustrierten Welt der Erfindungen“, welche in Lieferungen à 10 J im Verlag von Ernst Wiedt Nachf., G. m. b. H., in Leipzig, erscheint, liegen uns die Lieferungen 176—185 vor. Die ersten fünf Hefte beschäftigen sich mit der Entstehung und Entwicklung der Goldschmiedekunst. Vortreffliche Illustrationen veranschaulichen Schmiedegeräte der alten Ägypter, lösbare Schmiede, Waffen, Geräte und Gefäße aus den ältesten und späteren Zeiten. Mit Spannung verfolgen wir die Geschichte über die Entwicklung des Ringes, dem eine tiefere Bedeutung als eines bloßen Schmudgegenstandes zu Grunde liegt. Die letzten fünf Hefte führen den Leser ein in das Studium der großartigen Werke der Baukunst im Altertum. Die Baukunst des Orients und die klassische Baukunst erfährt eine überaus feiselnbe Besprechung in den vorliegenden Heften, in denen die hervorragenden Bauten durch ganz vorzügliche Illustrationen veranschaulicht sind. Außer zahlreichen anderen Bildern nennen wir die Pyramiden, das Sphinxkolon, den Königsplatz von Persepole, das Löwentor zu Manká und die von den Römern angelegte Wasserleitung Karthago's. Ferner gibt der Verfasser eine kurze Biographie nebst Portrait von Heinrich Schliemann, der sich so hohe Verdienste um die Ausgrabungen der herrlichsten klassikam Kunstschatze erworben hat. Die Fülle des Interessanten und Beschreibenden, die in diesem Werke geboten wird, sollte einen jeden zur Anschaffung des Wertes, das wir ausser untrüben empfehlen können, veranlassen.

„Einge mit!“ Unter diesem Titel hat der Verlag von Nsch. Lipsitz, Leipzig, Reudnigerstr. 11, eine Sammlung sozialistischer Kampflieder herausgegeben. Preis 20 J. Partikelpreis niedriger. Gesangsfrohen Genossen wird das Büchlein höchst willkommen sein.

Im selben Verlag sind wiederum neue, flott gezeichnete und farbenprächtige Postkarten erschienen. Einzelpreis 10 J. Partikelpreis niedriger. Sämtliche Karten werden auch mit Aufdruck „Stuß zum 1. Mai“ geliefert.

Briefkasten.

* Handtuchständer als Spezialität fabriziert Herr Franz Dührsen, Luxusmöbelfabrik in Döbeln, Sachsen.

* Wo erhält man den patentierten Schrankbeschlag „Armin“, der an zerlegbaren Schränken angebracht wird?

Debitstelle. Der Kirchenverwaltung wird wohl das Recht der Steuerinzehung gegeben worden sein; Sie werden also zahlen müssen, wenn Sie der Kirchengemeinschaft angehören. Näheres läßt sich von hier ohne Kenntnis der kommunalen Verfassung nicht sagen. Da müssen Sie sich schon an maßgebender Stelle selbst erkundigen.

Schwenningen. Ein Vortrag über „Alford- oder Lohnarbeit“ würde dort sehr nützlich sein, dann würden sich die merkwürdigen Klagen einzelner Kollegen bezüglich der „lohnenderen Bewertung ihrer Arbeitskraft“ und die „Freiheit“ bei der Alfordarbeit bald ins Gegenteil verkehren. Der Bericht ist zusammenhanglos und daher unverständlich.

Themar. Bericht zwecklos, da er nichts weiter besagt, als daß von 70 Rädern im Alford nur vier organisiert sind und: daß eine dem Arbeitgeber vorgetragene Bitte, den Lohn um etwas zu erhöhen, abgewiesen wurde. Das ist erklärlich und dürfte doch nachgerade die 66 Indifferenten zum Nachdenken anregen. Geben Sie einmal dem Bauvorsitzer von dem Falle Kenntnis.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(G. S. 3 in Hamburg.)

Vom 11. bis 23. April sandten Gelder ein: Blindenthal, Rabenau je M. 300, Bayern 270, Altona, Regensburg, Panau, Landau je 200, Schollene, Friedrichshagen, Wierfen, Ebenkoben, Schkeuditz, Laubersbachheim, Hasselbach, Keimhausen, Wiberach, Danzig je 100, Heusenstamm 70, Sendal, Worsdorf, Plauen b. Dr., Schleusingen je 50. Summa M. 2940.

Zuschuß erhielten vom 11. bis 23. April: Berlin F, Offenbach je M. 600, Stuttgart 500, Berlin E, Berlin H, Altona, Heidelberg, Berlin B, Mülheim a. Rh. je 400, Grünwetterbach 350, Breslau, Kiel, Halle, Fürth je 300, Wehringhausen 272, Widdendorf 250, Durlach, Düsseldorf, Neubniz, Elmlein, Feuderheim, Pfäfersheim, Laberburg, Al.-Fischer, Hornberg, Connewitz, Juffenhäuser, Worms, Modau je 200, Fürth, Schwarzg, Mülheim a. D., Neu-Ulm, Albertstadt, Reichenhofenfeld, Leuzsch je 150, Flörshaim, Neu-Schenburg, Baumdorf, Namitzsch, Wetterzeube, Schw.-Smünd, St. Gangloff, Ahemgönheim, Charleshausen, Bürgel, Duisburg, Kulmbach, Wellingen, Ketzsch, Hochstadt, Eckesch je 100, Jümenau, Duisburg je 75, Buchheim, Gotta, Spandau je 50, Amöneburg 35. Summa M. 11 757.

Krankenunterstützung an Einzelmittglieber wurde gezahlt M. 1811,21. A. Quack, Hauptkassierer.

Die Prager Tischler stehen nun schon seit sechs Monaten im Kampf um den Reumtundenlohn. Die Unternehmer hoffen, daß die Kollegen sich des angeblich fehlenden Mietzinses wegen unterwerfen und in die Werkstätten wieder einziehen werden. Das zu tun, ohne Erfolg, vermühten sie im Winter, und jetzt tun sie es erst recht nicht. Daß auch in Prag, ebenso wie in Deutschland, sich die dreimal heilige Polizei in den Dienst der Unternehmer stellt, versteht sich am Rande. Unsere österreichische Kollegin berichtet über die gegenwärtige Situation in Prag wie folgt: „Die Meister haben sich wieder eine Entrüstungs-Comödie geleistet, die ihresgleichen sucht. Sie beriefen eine Versammlung ein, an der über 300 Meister teilgenommen haben sollen, die sich in Beschimpfungen und Unflätigkeiten gegen die „Streikenden“ noch nie Dagewesenes leisteten. Räuber und Totschläger, Verräter und Feinde der Nation sind die

